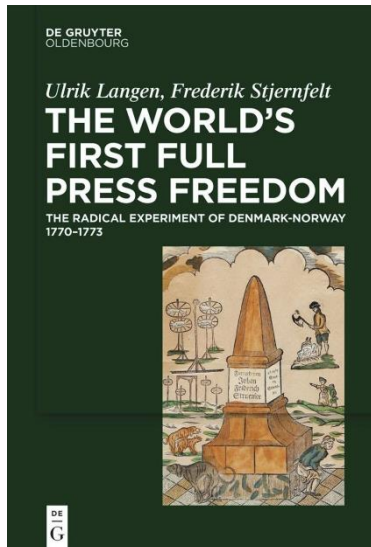




Ulrik Langen/Frederik Stjernfelt

The World's First Full Press Freedom.
The Radical Experiment of Denmark-Norway
1770–1773

De Gruyter Oldenbourg | Berlin/Boston 2022
566 Seiten, gebunden | 59,95 €
ISBN 9783110771237

rezensiert von

Heiner Stahl, Universität Erfurt

In einem radikal aufklärerischen Experiment führte das Königreich Dänemark im Jahr 1770 als erster Staat überhaupt im neuzeitlichen Europa die uneingeschränkte Freiheit des Pressens von Büchern (»Preßfreiheit«) ein. Bis dahin hatte die protestantische Kirche die hoheitliche Zensur über Veröffentlichungen zu theologischen Fragen ausgeübt. Die 1742 gegründete Königlich-Dänische Akademie der Wissenschaften hatte dafür gesorgt, dass das akademische Wissen in den anerkannten Bahnen blieb. Ulrik Langen und Frederik Stjernfelt untersuchen in »The World's First Full Press Freedom. The Radical Experiment of Denmark-Norway 1770-1773« erstens wie sich die Aufhebung der Zensurbestimmungen und die völlige Freigabe des Druckrechts (Imprimatur) auf die bürgerliche und adelige Öffentlichkeit des Landes auswirkte. Zweitens beleuchten sie, welche Einflüsse diese Maßnahme auf die intellektuellen Debatten um die »Preßfreiheit« in Europa besaß und wie die Aufklärung, hier verstanden als philosophische Strömung und Weltbetrachtung, mit den Ansprüchen eines literarischen Publikums auf den Konsum von Büchern und Lesestoff korrespondierte. Der Konflikt, den Langen und Stjernfelt bearbeiteten, umfasste mehrere Kerne. Schließlich wehrten sich zahlreiche staatliche und gesellschaftliche Institutionen im Königreich Dänemark dagegen, errungene Zuständigkeiten auf dem Feld der Drucksachen wieder zu verlieren. In Sachsen und Preußen waren die Grundkonstellationen in demselben Zeitraum ähnlich. Nur kam es dort nie zu einem solchen radikalen Bruch und zeitlich begrenzten Einschnitt.¹

Ulrik Langen ist Kommunikationshistoriker an der Universität Kopenhagen. Frederik Stjernfelt von der Aalborg Universität, ebenfalls in Kopenhagen, ist ein Literaturwissenschaftler, der Intellectual History mit Communication Studies verbindet. Aus der Expertise der beiden Autoren und ihren Forschungsinteressen ergeben sich zwei Grundrichtungen, wie sich eine

¹ Vgl. *Agatha Kobuch*, Zensur und Aufklärung in Kursachsen. Ideologische Strömungen und politische Meinungen zur Zeit der sächsisch-polnischen Union (1697-1763), Weimar 1988, S. 18-43; *Bernd Sösemann* (Hrsg.), Kommunikation und Medien in Preußen vom 16. bis 19. Jahrhundert, Stuttgart 2002.

Medien-, Kommunikations- und Zensurgeschichte des 18. Jahrhunderts auf die Einführung der Druckrechts-Freiheit (»Press Freedom«) beziehen lässt. Die eine Story von »The World's First Full Press Freedom« erzählt von den Personen, Institutionen und Akteuren, die die Medienpolitik im absolutistischen Königreich Dänemark prägten. Einer davon war Bolle Luxdorph (1716–1788), der in der Verwaltung des dänischen Hofes für publizistischen Angelegenheiten zuständig war und eine beeindruckende Sammlung an Büchern und Flugschriften anhäufte. Diese bildet die empirische Grundlage dafür, eine weitere Geschichte der intellektuellen Debatten und Diskurse freizulegen, die nahe am archivalischen und literarischen Material bleibt und dennoch stets den auf den theologischen Inhalt von Druckerzeugnissen bezogenen Zugriff der Staatskirche sowie die (natur-)wissenschaftliche Fragestellungen berührende Zuständigkeit der königlichen Akademie und Universität im Blick behält. Das haben Stjernfelt und Langen wirklich gut gemacht.

Auf diese Weise geben die Autoren den Regularien des zensorischen Feldes, so will ich es nennen, eine Einfassung. Diese Regularien hatten sich im Laufe des 18. Jahrhunderts in Dänemark, aber natürlich auch in allen anderen Fürstentümern und Königreichen Europas, gefestigt. Weder die Kirche noch die Akademie der Wissenschaften wollten ihre Berechtigungen und Bevorzugungen verlieren. Daran entzündeten sich Konflikte, die die geistliche, adelige und administrative Elite des Königreiches spaltete. Die sogenannte Struensee-Affäre erzeugte in der europäischen Öffentlichkeit beträchtliches Aufsehen. Viele Pamphlete wurden gedruckt und verbreitet. Johann Friedrich Struensee (1737–1772), Sohn eines pietistischen Pfarrers, stammte aus einer ausgezeichnet vernetzten Familie des aufstrebenden Bildungsbürgertums. Er praktizierte als Arzt in der dänischen Stadt Altona und betreute als Leibarzt den dänischen König Christian VII. Christian war krank und nicht in der Lage, die Regierungsgeschäfte zu führen. Das übernahm Struensee für ihn, was dem Aufklärer die Gelegenheit bot, als Staatskanzler seine Vorstellungen von einer absoluten Freiheit des Druckens von Büchern und Zeitungen (»Preßfreiheit«) durchzusetzen. Seine Feinde am Hof machten sich 1772 schließlich ein Liebesverhältnis des königlichen Ratgebers mit Königin Caroline Mathilde zunutze, um den radikalen Reformen zu stürzen und noch im selben Jahr hinrichten zu lassen.

Langen und Stjernfelt wollen eine Kommunikationsgeschichte des dänischen Absolutismus schreiben. Herausgekommen ist allerdings, wenn man es recht besehen, eine ziemlich konventionelle Politikgeschichte, in denen Medien wichtig sind und das europäische Außen als Referenz für Reichweite und Verflochtenheit eine Rolle spielt. Außenansichten, die ausländische Gesandte in ihren Berichten an die jeweiligen Staatsministerien kommunizierten oder in Briefwechseln und Tagebucheinträgen verewigten, bleiben dagegen ausgeblendet. Die Einschätzungen von politischen Unternehmern, die in dänischem Dienst im Ausland Diplomatie betrieben, haben kein eigenes Kapitel erhalten. Das ist erstaunlich und bedauerlich. Denn gerade Figuren wie der deutschstämmige Diplomat Achatz Ferdinand von der Asseburg (1727–1797) nahmen Erschütterungen im gouvernementalen und administrativen Betrieb frühzeitig zur Kenntnis.²

Großartig ist »The World's First Full Press Freedom« an den Stellen, an denen Langen und Stjernfelt die Verschachtelungen von städtischem Raum, lokaler Öffentlichkeit, publizistischer Konsumkultur und den Projektmachern des publizistischen Geschäftes erhellen. Hier kommt jenes *interessement* zum Ausdruck, dass sich als Marktgeschehen begreifen lässt.³ Das Buch mündet in eine Stadtraumgeschichte, die eindrücklich veranschaulicht, wie sehr Kopenhagen als Stadt der Drucker, der Buchverleger und -händler und der Verbreiter von Flugschriften durch das Produzieren von Druckschriften geformt wurde.⁴ Es war eine Residenzstadt der Medien und ihrer Manager.

² Der Nachlass von Achatz von der Asseburg befindet sich im Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Standort Wernigerode.

³ Vgl. Madeleine Akrich/Michel Callon/Bruno Latour, A quoi tient le succès des innovations? 2.: Le choix des porte-parole Gérer et Comprendre, in: Annales des Mines (1988) Nr. 12, S. 14–29, hier: S. 21–22.

⁴ Vgl. Susanne Rau, Räume der Stadt. Eine Geschichte Lyons 1300–1800, Frankfurt am Main 2014, S. 219ff und 280f.

Adresskontore waren solche Orte, an denen sich Informationsvermittlung, Öffentlichkeit und das Vervielfältigen von Listen in Zeitungsformaten kreuzten. Langen und Stjernfelt behandeln die Medienumgebung Adresskontor in einem längeren Unterkapitel und stellen hier auch den vielseitigen Medienmanager Hans Holck vor. Dieser hatte das königliche Privileg erhalten, eine Vermittlungsagentur für Waren, Grundstücke, Inventare und Dienstleistungen in der Hauptstadt zu betreiben. Seine Zeitung nannte er Adressavisen. Daraus formte er ein gutgehendes und Gewinn erwirtschaftendes Medienunternehmen. Solche Büros, die Adressen auflisteten und gegen Entgelt vermittelten, hatten sich im 17. Jahrhundert in vielen europäischen Großstädten gebildet.⁵ Als die Behörde des dänischen Generalpostmeisters 1770 die Zensur für Holcks Adressavisen aufhob, nahm der Verleger Anzeigen von Büchern in seine Zeitung auf, die sich für die Freiheit des Druckens und Veröffentlichens aussprachen. Das füllte Spalten, erzählte von Neuerscheinungen und brachte zusätzlich noch Geld ein. Die »Preßfreiheit« begünstigte den Buchmarkt und die Ökonomien der Aufmerksamkeit. Das hatte Brendan Dooley 2010 in einem Sammelband bereits betont und die Gleichzeitigkeit der Verbreitung von Nachrichten in einem europäischen Markt der Informationen herausgearbeitet. Der italienische Publizistikhistoriker Edoardo Tortarolo kam 2016 zu ähnlichen Schlüssen. Beide ignorierten allerdings Dänemark. Langen und Stjernfelt beziehen sich ihrerseits nicht auf diese Arbeiten.⁶

»The World's First Full Press Freedom« liefert verschiedene Zugänge, um in eine Medien-, Kommunikations- und Wirtschaftsgeschichte der Aufklärung einzutauchen. Die Auswertung der Flugschriften aus der Luxdorph-Sammlung ist wirklich lesenswert, auch wenn sie sich gelegentlich in den Verästelungen einer literaturhistorischen Aufzählung von Debatten, Begriffen und ihren Präsentationsweisen verliert. Politikgeschichtlich ist das materialgesättigte Buch stark. Das diplomatiegeschichtliche Geschehen ignoriert es gänzlich. Die medien- und kommunikationsgeschichtliche Darstellung enttäuschte mich regelrecht. Sie ist nur da gut, wo es um die stadträumliche Einbettung des Geschäftes mit Medienprodukten geht. Insgesamt bleibt alles sehr konventionell und wie am Reißbrett gezeichnet. Von einer theoretischen Einbettung habe ich weder in der Einleitung noch im Schlussteil etwas gelesen. Aber das muss ja auch nicht sein und andere ersparen es sich auch. Die Wertigkeit dieses Buch liegt darin, dass es verschiedene Stränge der Mediengeschichte verknüpft und sich auch für das urbane Geschehen im Informationszeitalter der Aufklärung interessiert. Es ist ein Ausgangspunkt für weitere Studien.

Zitierempfehlung

Heiner Stahl, Rezension zu: Ulrik Langen/Frederik Stjernfelt, *The World's First Full Press Freedom. The Radical Experiment of Denmark-Norway 1770–1773*, De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2022, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82090.pdf>> [2.7.2025].

⁵ Vgl. Astrid Blome, *Offices of Intelligence and Expanding Social Spaces*, in: Brendan Dooley (Hrsg.), *The Dissemination of News and the Emergence of Contemporaneity in Early Modern Europe*, Farnham 2010, S. 207–222.

⁶ Dooley, *The Dissemination of News*; Edoardo Tortarolo, *The Invention of Free Press. Writers and Censorship in Eighteenth Century Europe*, Dordrecht 2016.



Stina Rike Barrenscheen-Loster

Neue Arbeitswelten, alte Führungsstile?
Das mittlere Management in westdeutschen
Großunternehmen (1949–1989)

Campus Verlag | Frankfurt am Main/New York 2024
491 Seiten, Hardcover | 49,00 €
ISBN 9783593517490

rezensiert von

Boris Gehlen, Universität Stuttgart

Stina Rike Barrenscheen-Loster nimmt in ihrer Göttinger Dissertation das mittlere Management in ausgewählten westdeutschen Großunternehmen in den Blick. Größenwachstum und Ausdifferenzierung der Unternehmensorganisation gehören zwar zu den klassischen Topoi der Unternehmensgeschichte, aber die damit einhergehenden Veränderungen von Stellenrollen und Führungskonzepten haben in der jüngeren Forschung lange kaum eine Rolle gespielt. In dieser Hinsicht haben erst die Arbeiten von Christian Reuber über Karrierewege und -muster sowie von Bernhard Dietz über Wertesysteme und Wertewandel gerade das mittlere Management in den vergangenen Jahren als Untersuchungsgegenstand wieder stärker in den Fokus der Unternehmensgeschichte gerückt.¹ Zuvor hatten die Betriebsbeamten bzw. die leitenden Angestellten vor allem in der Historiografie der 1960er- und 1970er-Jahre sowohl als soziale Gruppe in der Industrialisierung als auch in ihrer Funktion für die Unternehmen jener Zeit recht große Aufmerksamkeit erfahren – allen voran durch Jürgen Kockas Pionierstudie über Siemens.² Diesen älteren Forschungsstrang streift Barrenscheen-Loster aber bestenfalls, weshalb die Einschätzung der Autorin, dass »die Entstehung des mittleren Managements bisher nicht dezidiert erforscht« worden sei (S. 27), ohne weitere Erläuterungen bzw. ohne Abgrenzung von dieser älteren Forschung wohl nicht zu halten sein dürfte. Sie trifft nur insofern zu, als über die Ausdifferenzierung der Managementebenen in bundesdeutschen Unternehmen in der Zeit nach 1949 kaum etwas bekannt ist – und insofern betritt Barrenscheen-Loster mit ihrer Arbeit erfreulicherweise tatsächlich Neuland.

Wenn die Autorin auf S. 26 in Aussicht nimmt, die »mittleren Führungskräfte als unternehmerische Akteure in den Vordergrund« zu stellen, weckt dies jedoch ebenso wie der

¹ Christian Reuber, *Der lange Weg an die Spitze. Karrieren von Führungskräften deutscher Großunternehmen im 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2012; Bernhard Dietz, *Der Aufstieg der Manager. Wertewandel in den Führungsetagen der westdeutschen Wirtschaft 1949–1989*, Berlin/Boston 2020.

² Jürgen Kocka, *Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847–1914. Zum Verhältnis von Kapitalismus und Bürokratie in der deutschen Industrialisierung*, Stuttgart 1969.

Untertitel der Studie Erwartungen, die nur teilweise erfüllt werden, denn letztlich erfahren die Leser:innen über das mittlere Management in westdeutschen Großunternehmen wenig. Stattdessen diskutiert Barrenscheen-Loster primär die *Vorstellungen* über das mittlere Management, die Erwartungen an seine Fähigkeiten sowie die ihm zugeordneten Rollen und beleuchtet ferner die Triebkräfte seiner Professionalisierung. Sie betrachtet das mittlere Management mithin eher als Objekt und nicht als Akteur.

Der Zugriff auf das Thema ist eklektisch und führt mehrere Stränge der unternehmens- und zeithistorischen Forschung zusammen. Perspektiven wie Individualisierung, Wertewandel, Professionalisierung, Strukturbruch, Amerikanisierung, Rheinischer Kapitalismus, Demokratisierung und einiges mehr werden berechtigterweise als themenrelevante Aspekte benannt, doch geraten Einleitung und Hinführung dadurch mit 50 Seiten recht lang, was die Orientierung auf das, worauf sich die Autorin zu fokussieren gedenkt, nicht immer leicht macht. Im Wesentlichen geht es Barrenscheen-Loster um kollektive Erfahrungen und die daraus abgeleiteten Erwartungen innerhalb wie außerhalb der Unternehmen sowie deren Einfluss auf den Wandel von Führungsverständnissen und -rollen.

Zu diesem Zweck wertet sie vor allem betriebswirtschaftliche Literatur, Verbandspublikationen und Wirtschaftspresse aus ihrem Untersuchungszeitraum sowie die unternehmensinternen Überlieferungen ihrer drei Referenzfälle – Bayer, Volkswagen und BMW – zu Personal- und Strukturfragen aus. Die Auswahl der Beispielunternehmen – zwei Automobilproduzenten und ein Chemieunternehmen – ermöglicht den Vergleich sowohl zwischen zwei Branchen als auch innerhalb einer Branche.

Um die Erwartungen und Anforderungen an das mittlere Management herausarbeiten zu können, hat die Autorin eine Datenbank mit gut 22.000 Stellenanzeigen und 6.000 Stellengesuchen erstellt, die allesamt in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen sind. Anhand derer kann sie Veränderungen der Stellenprofile von den 1950er- bis in die 1980er-Jahre nachzeichnen. Von diesen Anzeigen und Gesuchen betrafen knapp 5.000 bzw. 800 Leitungspositionen, waren also im engeren Sinne themenspezifisch. Barrenscheen-Loster macht die qualitative und quantitative Datenanalyse als methodischen Zugriff in der Einleitung (S. 56 f.) daher aus gutem Grund recht stark.

Mit ihrer Darstellung zeigt Barrenscheen-Loster sehr plausibel auf, wie sich die Anforderungen an das künftige Personal sukzessive veränderten – weg von den noch in den 1950er-Jahren überwiegenden bürgerlichen Sekundärtugenden (Fleiß, Disziplin etc.) hin zu Soft Skills wie Empathie und Teamfähigkeit. Dafür waren einerseits die gesellschaftlichen Veränderungen insbesondere seit 1968 ausschlaggebend, andererseits vielfältige ökonomische Strukturwandlungen – von der Internationalisierung der Unternehmen bis hin zur Ausdifferenzierung der Massenkongsumgesellschaft. Entsprechend gewannen etwa Fremdsprachenkenntnisse an Bedeutung, Marketingkompetenz wurde stärker nachgefragt, und auch ein Trend zur Akademisierung bei gleichzeitiger Verschiebung von Ingenieur- zu Wirtschaftswissenschaften bildet sich in den Quellen ab.

»Moderne« Personalpolitik und Personalführung wurden zunehmend zum Anreiz für die besten Nachwuchskräfte und somit ein Wettbewerbsfaktor. Auch hierbei gingen ökonomische Motive mit gesellschaftlichen Erwartungshaltungen Hand in Hand. Insbesondere die unter dem Schlagwort »Humanisierung der Arbeit« adressierten Veränderungen des (industriellen) Produktionsprozesses, von Arbeitsplätzen und Stellenrollen sorgten in allen drei näher betrachteten Unternehmen dafür, dass die bisherigen Führungskonzepte, die noch stark vom hierarchischen Denken des bürokratischen Großunternehmens geprägt waren, zunehmend hinterfragt wurden. Es entstand ein regelrechter Markt für Personalführung, der von wirtschaftsnahen Einrichtungen – wie der zunehmend umstrittenen Harzburger Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft – Unternehmensberatungen, Ratgeberliteratur, den stark vermehrten betriebswirtschaftlichen Lehrstühlen und nicht zuletzt durch unternehmensinterne Konzeptionen umfassend bedient wurde. Alles in allem kann Barrenscheen-Loster bisherige

Annahmen der von ihr umfassend herangezogenen einschlägigen geschichtswissenschaftlichen Literatur empirisch substantiell bestätigen und vertiefen. Darin liegt ein nicht zu unterschätzendes Verdienst der Studie.

Gleichwohl lässt sie auch einige Chancen ungenutzt. Die quantitative Auswertung der umfassenden Stellenanzeigendatenbank führt zu einigen Grafiken (S. 175 f., 186), die zwar den Quellenkorpus veranschaulichen, die aber – anders als auf S. 57 in Aussicht gestellt – keinen diskursanalytischen Beitrag leisten. Dies bleibt der qualitativen Auswertung von Anzeigen – auf weiter schmalerer Datenbasis (zwischen 19 und 40 pro Stichjahr) – vorbehalten. Hier stellt sich jedoch die Frage, warum die Attribute der Ausschreibungen nicht stärker gebündelt wurden. Beispielsweise führt die Tabelle für 1955 (S. 75 f.) die jeweils sinnverwandten Begriffe »erfahren« und »Erfahrung«, »Talent« und »Organisationstalent« sowie »Menschenführung« und »Veranlagung zu guter Menschenführung« separat auf; bei der Tabelle für 1970 (S. 129) gilt Gleiches für »technisches Verständnis« und »technisches Wissen« sowie »analytisches Denken« und »konzeptionelles Denken«. Bei den recht geringen Fallzahlen führt die kleinteilige Auflistung dazu, dass etwa für 1970 volle 20 Attribute aufgeführt werden, die in den 23 für dieses Jahr ausgewerteten Anzeigen nur ein einziges Mal (bzw. in 4,35 % der Fälle) vorkamen. Diese Auflistungen haben folglich eher illustrativen Charakter. Dabei ist der Ansatz, Stellenanzeigen als Quelle heranzuziehen, grundsätzlich innovativ und begrüßenswert, aber vermutlich hätte eine umfassende Auswertung dieser seriellen Quelle einen komplett anderen Ansatz unter Zuhilfenahme von Methoden der Digital Humanities erfordert.

Aus spezifisch unternehmenshistorischer Perspektive ist ferner zu bedauern, dass der angedeutete Vergleich zwischen den drei Unternehmen nicht systematisch erfolgt und insgesamt für das Erkenntnisziel der Arbeit auch nur eine untergeordnete Rolle spielt. Im Fazit wird er daher auch gar nicht mehr explizit aufgegriffen. Beispielsweise belässt es Barrenscheen-Loster bezüglich der Unterschiede zwischen Bayer und Volkswagen bei der Feststellung, dass das rheinische Chemieunternehmen den Wolfsburgern personalpolitisch um ein Jahrzehnt voraus gewesen sei (S. 304). Hier wären hier Erklärungen wünschenswert gewesen. So ließe sich annehmen, dass die standardisierte Massenproduktion bei Volkswagen länger mit dem herkömmlichen und vom Vorstandsvorsitzenden Heinrich Nordhoff verkörperten Patriarchalismus durchgeführt werden konnte als dies in einem stärker divisionalisierten Konzern wie der Bayer AG der Fall war – im Buch wird dies zumindest angedeutet, wenngleich vornehmlich am Wechsel der Unternehmensleitungen, nicht aber am mittleren Management oder an dezidiert personalpolitischen Erwägungen festgemacht.

Insgesamt hat Barrenscheen-Loster eine Arbeit vorgelegt, die im engeren Themenbereich substantiiert ist, klar argumentiert, zahlreiche Anknüpfungspunkte in mehrere Richtungen eröffnet und wertvolle sozial- wie unternehmenshistorische Erkenntnisse hervorbringt. An manchen Stellen indes wollte die Arbeit ursprünglich offenkundig mehr, als sie schlussendlich leisten konnte. Trotz mancher konzeptionellen Unentschlossenheit bereichert sie aber unseren Kenntnisstand über das mittlere Management, die Ausdifferenzierung von Stellenrollen sowie die Veränderung von Arbeitsprozessen und Führungsvorstellungen in der »alten« Bundesrepublik auf ansprechende Weise.

Zitierempfehlung

Boris Gehlen, Rezension zu: Stina Rike Barrenscheen-Loster, *Neue Arbeitswelten, alte Führungsstile? Das mittlere Management in westdeutschen Großunternehmen (1949–1989)*, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2024, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82089.pdf>> [2.7.2025].



Benjamin Ziemann

Gesellschaft ohne Zentrum.
Deutschland in der differenzierten Moderne

Reclam Verlag | Ditzingen 2024
355 Seiten, Hardcover | 32,00 €
ISBN 978-3-15-011423-0

rezensiert von

Christoph Schmitt, Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd

Kinderserien bieten über ihre Differenz zu unserer Welt eine gute Perspektive auf diese. Die britische Zeichentrickserie »Peppa Pig« ist ein solches Beispiel. Es ist keineswegs verwirrend, dass Schweine, Zebras und Hasen zusammen in einer Gesellschaft leben. Das Problem ist Miss Rabbit. Miss Rabbit arbeitet jeweils in Vollzeit als Verkäuferin, als Pilotin, am Eisstand, in der Feuerwache und vieles mehr. Die funktional differenzierte Gesellschaft der »Moderne«, wie wir sie kennen, kann das kaum abbilden. Inspiriert von den systemtheoretischen Überlegungen Niklas Luhmanns, hat Benjamin Ziemann nun ein Buch über die Ausdifferenzierungen der deutschen Gesellschaft in verschiedene Bereiche mit jeweils eigenen Ordnungen seit dem späten 19. Jahrhundert verfasst. Es ist ein Buch, auf das die Neuere und Neueste Geschichte lange gewartet hat – wenn auch die Gruppe der an Systemtheorie Interessierten für die Zeit nach 1800 nicht allzu groß ist. Dies ändert sich hoffentlich mit dem vorliegenden »Wagnis« (S. 281). Denn »Gesellschaft ohne Zentrum« bietet, soviel sei vorweggenommen, produktive Ansätze für die Analyse des gesellschaftlichen Wandels im 19. und 20. Jahrhundert. Ziemann ist Professor of Modern German History an der University of Sheffield. Das Interesse an und das Arbeiten mit der Systemtheorie ist seit längerem Bestandteil seiner Forschungen.

»Gesellschaft ohne Zentrum« untersucht eine Entwicklung zwischen 1880 und 1980 und gibt auf diese Weise einen Überblick über die deutsche Geschichte, die zwar nicht losgelöst von den politischen Zäsuren steht, diese aber über eine neue theoretische Betrachtungsweise aufnimmt. Der Titel des Buches greift eine Formulierung von Luhmanns auf, wonach die funktional differenzierte Gesellschaft »ohne Spitze und ohne Zentrum« sei (zit. nach S. 19). An die Stelle einer hierarchischen Ordnung tritt das Nebeneinander »autopoietischer«, also sich selbst erzeugender und erhaltender, sozialer Systeme. Die thematische Ordnung seines eigenen Buches, das inklusive der Einleitung neun Kapitel umfasst, beschreibt Ziemann als eine dreiteilige. Der erste Teil bietet historische Analysen zur Entwicklung funktionaler Differenzierung. So befasst sich Kapitel zwei mit der gesellschaftlichen Differenzierung im Kaiserreich zwischen 1871 und 1914, während Kapitel drei einen Überblick über

»Differenzierungsmuster« (S. 18) zwischen 1880 und 1980 bietet. Kapitel vier wendet die Perspektive auf den Nationalsozialismus und dessen Umgang mit Differenzierungspraktiken an, während Kapitel fünf die Effekte der Differenzierung auf die katholische Kirche herausarbeitet. Einen zweiten thematischen Teil bilden Ziemanns Analysen der unterschiedlichen Funktionen der Codierungen gesellschaftlicher Teilsysteme, wofür er in Kapitel sechs die Friedensbewegung in der BRD und in Kapitel sieben den Sport heranzieht. Drittens untersucht Ziemann in Kapitel acht die Entwicklung der Differenzierungstheorie in der Soziologie selbst. Kapitel neun schließt das Buch mit einem Ausblick ab.

Das Buch setzt sich in den Kontext historiografischer Standardwerke, namentlich der fünf-bändigen Gesellschaftsgeschichte von Hans-Ulrich Wehler, und nimmt ebenso jüngere Veröffentlichungen zur deutschen Geschichte wie etwa die Bücher von Hedwig Richter in den Blick.¹ In der Absetzung zu diesen Werken macht Ziemann seine eigene Haltung zur deutschen Geschichte deutlich. Weise die Perspektive von Wehlers Gesellschaftsgeschichte, so Ziemann, unter dem Eindruck von Sonderwegthese und Modernisierungstheorie noch einen negativen Grundton auf (S. 22), habe sich die Lesart bei Hedwig Richter in eine normativ positive Bewertung der Massenmobilisierung am Start in die »Moderne« gewendet (S. 84). Beiden Perspektiven setzt Ziemann seine systemtheoretische entgegen, wobei eine wesentliche Leistung des Buches in einer Reihe historisch-empirischer Praktikabilitätstests von Luhmanns primär soziologischer Universaltheorie besteht.

In diesem Sinne historiografischer Anwendbarkeit fragt Ziemann nach den Ausprägungen und zentralen Bereichen gesellschaftlicher Ausdifferenzierung in der »Moderne«, als auch nach den Widerständen gegen diese Entwicklung und den Problemen, die sich aus ihr ergaben. Der systemtheoretische Blick bedeutet dabei nicht, dass sich der Autor einem Telos unterwirft. Funktionale Ausdifferenzierungen brachen sich nicht einfach Bahn, sondern entwickelten sich, wie Ziemann betont, evolutionär. Sie folgten und reagierten aufeinander, sodass mehrere Differenzierungsordnungen zugleich neben- und miteinander existierten. Ziemanns Beispiele aus der Geschichte sind unter anderem die »Integration« unterschiedlicher Anforderungen in den Beruf des Arztes (S. 29) oder die Trennung von Religion und Staat, die er für die Zeit des Kaiserreichs noch keineswegs vollzogen sieht (S. 45).

Das Buch überzeugt grundsätzlich, weil es zentrale systemtheoretische Begriffe und Kategorien wie »Code«, oder »Erfolgs- und Verbreitungsmedien« über das Buch hinweg immer wieder anbringt und mit anschaulichen Beispielen vermittelt. Auch die soziale Verquickung theoretisch getrennt gedachter Ordnungssysteme wie Adel und Wissenschaft verdeutlicht das Buch überzeugend und ohne, dass es viel Vorwissen bräuchte. Der Mehrwert des theoretischen Ansatzes wird unter anderem daran deutlich, dass das Buch mithilfe seines systemtheoretischen Bestecks in der Lage ist, ein vielschichtiges Bild des Verhältnisses der nationalsozialistischen Herrschaft zu den verschiedenen sozialen Teilsystemen zu bieten. Ziemann verdeutlicht dies am Beispiel der »Erfolgsmedien« als »jeweils funktionspezifisch zugeschnittene Medien, welche die Annahme von Handlungsoptionen wahrscheinlich machen« (S. 103). Jene Bereiche, die wie das Wirtschaftssystem über ein spezifisches Erfolgsmedium, hier etwa Geld, verfügen, konnten durch das Regime ohne grundlegende Systemänderung genutzt werden. Im Falle eines reinen Verbreitungsmediums wie dem System der Massenmedien, das zunächst allein über die Reichweitenerhöhung von Kommunikation operiert, aber nicht automatisch ein Erfolgsmedium besitzt, dass die Wahrscheinlichkeit der Kommunikationsannahme erhöht, konnte politische Zensur allein wenig bewirken. Um die Massen zu beeinflussen, bedurfte es eine »innere und äußere Differenzierung«, also die Unterteilung in Sparten und eine Ausweitung von thematischen Publikationsangeboten (S. 108). Das Erziehungssystem dagegen besitzt diesem Theorieansatz folgend weder Verbreitungsmedien noch Erfolgsmedien. Dies sei, so Ziemann, der Grund für die vielen und zuweilen widersprüchlichen Entscheidungen in der Schulpolitik sowie einer zunehmenden

¹ Vgl. *Hans-Ulrich Wehler*, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, 5 Bd., München 1987–2008; *Hedwig Richter*, *Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich*, Frankfurt am Main 2021.

Orientierung an »Formationserziehung« anstelle von fachlichen und thematischen Lerninhalten (S. 117 u. 137f.). Solche Überlegungen können dazu beitragen, die in der Beschäftigung mit der NS-Diktatur nach wie vor virulente Vorstellung von »charismatischer Herrschaft« in die Analyse von Reaktionen auf Differenzierungsprozesse zu überführen. Zum Machterhalt muss auch das NS-Regime Anschlüsse an die differenzierte Gesellschaft finden.

Auch das Kapitel zur katholischen Kirche überzeugt, gerade weil es die unterschiedlichen Reaktionen einer Organisation auf gesellschaftliche Ausdifferenzierungen aufnimmt und dabei die Säkularisierungsthese nicht allein defizitär erzählt, sondern als »Verlust und Gewinn« zugleich (S. 141). Die sich aus der Differenzierung entwickelnde Ausweitung kirchlicher Seelsorgeangebote in Form der Pastoralreferenten oder der Caritas sind ebenso Teil der Säkularisierung wie ein einsetzender Priestermangel, wie Ziemann plausibel ausführt.

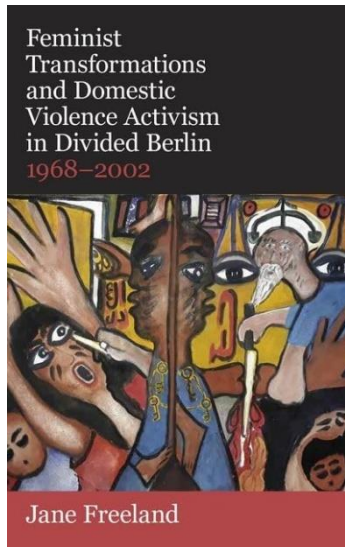
Es verwundert etwas, dass das Luhmannsche Theorem der »doppelten Kontingenz« beziehungsweise der »Erwartungserwartung« im Buch nicht näher genannt und ausgebaut wird, ist dieses doch in der Systemtheorie ein zentraler Auslöser für die funktionale Differenzierung der Gesellschaft. Gerade am Beispiel der medizinischen Berufe im Kaiserreich (S. 28) hätte dieser wichtige Begriff eingeführt werden können. Ähnlich verhält es sich mit der Kategorie der sozialen Ungleichheit. Ziemann verweist zwar darauf, dass diese bei Wehler eine Zentralachse darstellt, befindet selbst diese Anlage aber als zu statisch (S. 93). Indes lässt sich gerade die Kategorie der sozialen Ungleichheit – in der Systemtheorie wie in der von Wehler vertretenen Sozialgeschichte – produktiv nutzen. Entgegen der allgemeinen Vorstellung, Ungleichheit sei per se »schlecht« und gehöre abgeschafft, begreifen Systemtheorie wie Sozialgeschichte Ungleichheiten funktional und sowohl als Ausdruck wie als Antrieb sozialer Differenzierung.² Das Buch geht am Beispiel des Rechtssystems und der Frage nach der Akzeptanz von Gerichtsurteilen darauf kurz ein (S. 104), belässt es aber auch hier konzeptionell bei der Transformation von Ungleichheit (oder eher Unrecht) in Gleichheit.

Diese Kritikpunkte sollen aber den Gesamteindruck nicht schmälern. Benjamin Ziemann ist das »Wagnis« geglückt. Künftige historiografische Arbeiten können auf den Beiträgen und Skizzen, auf der spezifischen Idee des Buches und der Verwendung systemtheoretischer Begriffe aufbauen und werden sich dazu verhalten müssen. Es ist zu hoffen, dass weitere Forschung diese produktiven Abweichungen fortführen und neue Blicke auf die Prozesse der Gesellschaftsdifferenzierung erlangen.

Zitierempfehlung

Christoph Schmitt, Rezension zu: Benjamin Ziemann, Gesellschaft ohne Zentrum. Deutschland in der differenzierten Moderne, Reclam Verlag, Ditzingen 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82088.pdf>> [2.7.2025].

² Vgl. Oliver Jahraus, Nachwort, in: Niklas Luhmann, Aufsätze und Reden, Ditzingen 2001, 299–334, hier: S. 312.



Jane Freeland

Feminist Transformations and Domestic Violence
Activism in Divided Berlin, 1968–2002

Oxford University Press | Oxford 2022
240 Seiten, gebunden | £ 75.00
ISBN 978-0197267110

rezensiert von

Hannah Catherine Davies, Universität Zürich

Der Ruf der Neuen Frauenbewegung ist insbesondere unter jüngeren Feminist*innen kein sonderlich guter: zu wenig intersektional sei sie gewesen, ohne Sensibilität für die Anliegen nichtweißer und nichtbürgerlicher Frauen sowie solcher Menschen, die sich keinem binären Geschlecht zuordnen wollten. Dieses tendenziell überzeichnete Bild ist in Deutschland wohl auch der nach wie vor dominanten Figur Alice Schwarzers geschuldet, hinter deren übergroßer medialer Präsenz weniger bekannte Akteurinnen der autonomen Frauenbewegung aus dem öffentlichen Gedächtnis weitgehend verschwunden sind. Umso begrüßenswerter ist es daher, dass sich Jane Freeland in ihrer 2022 erschienenen Studie eben jenen zuwendet und dafür plädiert, den feministischen Aktivismus gegen häusliche Gewalt seit den 1970er-Jahren als einen der bedeutendsten Erfolge der Neuen Frauenbewegung zu beschreiben. Dabei ist Freeland natürlich bewusst, dass ein solches Urteil nicht das nach wie vor erschreckende Ausmaß häuslicher Gewalt relativieren kann. Es sei aber anzuerkennen, dass die untersuchten Akteurinnen einen grundlegenden Wandel in der Wahrnehmung häuslicher Gewalt herbeigeführt und Institutionen geschaffen hätten, die aus dem sozialstaatlichen Gefüge der Bundesrepublik nicht mehr wegzudenken seien. Freilich geschah dies – so eine weitere zentrale These der Studie – zu einem hohen Preis: Denn das ursprünglich radikal patriarchatskritische Moment der Bewegung wurde in diesem Prozess schon früh verwässert bis unkenntlich gemacht.

Freelands methodologischer Ansatz ist insofern innovativ, als sie mit ihrem Fokus auf die Stadt Berlin west- und ostdeutsche Entwicklungen gleichermaßen in den Blick nimmt, wobei sie sich besonders für den Transfer von Ideen zunächst im geteilten, dann im wiedervereinigten Deutschland interessiert. Wie in englischsprachigen Monografien üblich, erfährt man allerdings wenig zur Quellenbasis der Studie; auch der Anhang gibt hier wenig Aufschluss, der lediglich die besuchten Archive, nicht aber die in ihnen konsultierten Bestände aufführt.

Die ersten drei Kapitel des Buches fokussieren Westdeutschland und zeichnen die Entwicklung der dortigen Bewegung gegen Gewalt gegen Frauen in den 1960er- und 1970er-Jahren nach. Ausgehend von Erfahrungen sexistischer Diskriminierung in der »68er«-Studentenbewegung hätten Frauen eigene Gruppen gebildet und schließlich mit der Kampagne für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch eine breite Bewegung mobilisiert, die jedoch 1975 mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Fristenlösung für verfassungswidrig erklärte, zu einem abrupten Ende kam. Hier referiert Freeland überwiegend Wohlbekanntes. Origineller ist ihre These, dass die Kampagne gegen den § 218 die spätere Bewegung gegen häusliche Gewalt entscheidend geprägt habe, da Frauen nun umso entschlossener waren, ohne den Staat und ohne Männer zu handeln. Dies wird allerdings mehr behauptet als am empirischen Material herausgearbeitet.

Detailliert untersucht Freeland die Gründung des autonomen Frauenhauses in West-Berlin 1976 – des ersten in der Bundesrepublik –, sein Innenleben sowie die Auseinandersetzung der Gründerinnen mit der West-Berliner Politik und die mediale Wahrnehmung dieser Prozesse. Obwohl sie großen Wert auf Autonomie legten, waren die Betreiberinnen des Frauenhauses gleichzeitig auf staatliche Finanzierung angewiesen, die der Senat von West-Berlin dann auch gewährte – allerdings unter Auflagen. Die Presse griff das Thema häusliche Gewalt ebenfalls bereitwillig auf, auch dies aber hatte seinen Preis: Der feministische Hintergrund des Projekts wurde heruntergespielt und die betroffenen Frauen als schwach und hilfsbedürftig dargestellt, was letztlich althergebrachte Geschlechterstereotype affirmierte.

Im dritten Kapitel entfaltet Freeland die interessanteste These ihres Buches: Es seien zu einem bedeutenden Teil die gewaltbetroffenen Frauen selbst gewesen, die mit ihren akuten Bedürfnissen die im Frauenhaus geleistete Arbeit transformiert hätten. Sie verließen das Frauenhaus oft nicht, wie ursprünglich gehofft, als feministische Subjekte, sondern kehrten zu ihren gewalttätigen Partnern zurück. Oder aber sie mussten all ihre Energie darauf verwenden, den Alltag als alleinstehende, häufig mittellose Mütter zu bewältigen. Für Selbsterfahrungsgruppen war da wenig Platz und so passten die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen, Psychologinnen und Sozialarbeiterinnen des Frauenhauses ihr Angebot eben an. Gerade hier zeigt sich der Mehrwert von Freelands geschichtswissenschaftlicher Arbeit gegenüber tendenziell schematisch argumentierenden soziologischen Studien, die diesen Prozess einseitig als Vereinnahmung durch staatliche Institutionen beschreiben, wie die Autorin zu Recht kritisch anmerkt. Wichtig sind auch ihre Beobachtungen zu den Erfahrungen migrantischer Frauen, die von Anfang an ebenfalls das Angebot des Frauenhauses wahrnahmen, dabei aber nicht selten durch deutsche Feministinnen in essentialistischer Weise als Opfer einer besonders patriarchalen Kultur dargestellt wurden.

Das vierte Kapitel behandelt den Umgang mit häuslicher Gewalt in der DDR. Freeland zeigt anhand von Scheidungsprozessen, dass ostdeutsche Frauen häuslicher Gewalt oft ebenso hilflos ausgeliefert waren wie jene im Westen. Nur manchmal galt sie als Scheidungsgrund, in vielen Fällen aber wurden Frauen zu ihren gewalttätigen Partnern zurückgeschickt und ihnen gar eine Mitschuld am Verhalten der Männer zugewiesen. Jedoch vollzog sich auch in der DDR in den 1970er-Jahren ein Wandel: Scheidungen wurden dank eines liberalisierten Ehrechts nun leichter möglich und künstlerische Produktionen setzten sich mit dem Phänomen häusliche Gewalt auf eine bemerkenswert offene Art und Weise auseinander.

Im fünften und sechsten Kapitel werden die Entwicklungen in Ost und West zusammengeführt. Bereits vor 1989 rezipierten ostdeutsche Frauen feministische Literatur aus dem Westen und setzten sich für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen ein. Dies geschah im Kontext der kirchennahen Dissidentenbewegung, lasse sich aber gleichwohl mit gutem Grund als feministisch bezeichnen, so Freeland. Nach der Wende 1989/90 entstanden sehr schnell auch in Ostdeutschland autonome Frauenhäuser. Die 1994 von ost- und westdeutschen Frauen gemeinsam gegründete Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen e. V. initiierte Reformen im Bereich der Polizei und der Prävention, die bundesweit maßgebend wurden und schließlich zu dem 2002 verabschiedeten Gewaltschutzgesetz führten.

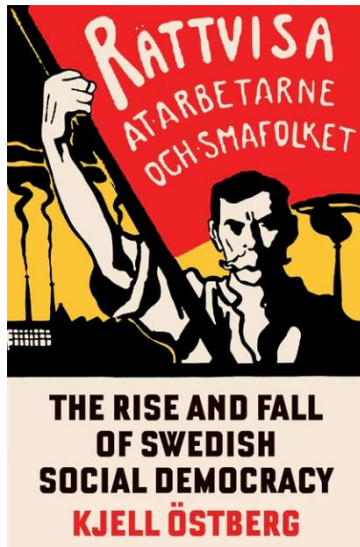
Obwohl »Feminist Transformations« zahlreiche bedenkenswerte Thesen und Befunde enthält, hinterlässt die Studie insgesamt einen zwiespältigen Eindruck. Der gesamtdeutsche Zugriff ist ambitioniert, die Umsetzung vermag aber nur in Teilen zu überzeugen. So erklärt Freeland in der Einleitung, es gehe ihr nicht um einen kontrastierenden Vergleich, sondern um den gegenseitigen Transfer von Ideen. Allerdings wird dies im vierten Kapitel konterkariert, in dem die Autorin nicht nach Transfers fragt (vermutlich, weil es sie nicht gab), sondern zahlreiche vergleichende Beobachtungen anstellt, was an sich durchaus erhellend ist. Nur stellt sich die Frage, warum sie, wie für die DDR, nicht auch für die BRD Scheidungsprozesse untersucht hat. Erst eine solche geteilte Quellenbasis würde einen wirklich belastbaren Vergleich ermöglichen.

Noch problematischer sind einige Thesen über die Nachwendezeit. Freeland erkennt ein Spezifikum der ostdeutschen Feministinnen in der größeren Offenheit gegenüber dem Staat. Die Reform des Sexualstrafrechts 1997, mit der die eheliche der nichtehelichen Vergewaltigung gleichgestellt wurde, sieht sie deswegen als Produkt ostdeutschen Einflusses. Sie merkt zwar an, dass auch in Westdeutschland SPD und Grüne bereits früher die Kriminalisierung der ehelichen Vergewaltigung gefordert hätten. Sie verkennt aber, dass vor allem die westdeutschen Grünen damit auf Forderungen der autonomen Frauenbewegung reagierten. Insgesamt bleiben die Aussagen zu diesem doch recht zentralen Punkt widersprüchlich: Mal wird die Staatsferne der westdeutschen Bewegung betont, mal die Zusammenarbeit der West-Berliner Feministinnen mit dem Staat. Wo Freeland die Staatsskepsis hervorhebt, mag dies dem Wunsch geschuldet sein, den Anteil ostdeutscher Feministinnen an der Sexualstrafrechtsreform von 1997 und dem Gewaltschutzgesetz von 2002 zu würdigen. Sie wendet sich hier gegen ein Narrativ, das Frauen primär als Wendeverliererinnen sieht und dies zentral an der Reform des Abtreibungsrechts in den 1990er-Jahren festmacht: Nachdem der Bundestag 1992 eine Fristenlösung ähnlich derjenigen in der DDR beschlossen hatte, wurde dies 1993 vom Bundesverfassungsgericht wieder kassiert. Seither ist bekanntlich ein Abbruch im ersten Trimester der Schwangerschaft rechtswidrig, aber zugleich straffrei. In gewisser Weise adressiert Freeland hier aber ein Scheinproblem. Denn man muss die Reform des § 218 nicht zwangsläufig allein als Geschichte des Scheiterns erzählen. Zwar blieb die Reform aus feministischer Sicht tatsächlich deutlich hinter dem DDR-Recht zurück, bedeutete aber eben gleichzeitig eine Liberalisierung des bundesrepublikanischen Rechts, die ohne die Wiedervereinigung und die Bürger*innen der neuen Bundesländer zu diesem Zeitpunkt wohl nicht möglich gewesen wäre.

Ungeachtet dieser Kritikpunkte bleibt es verdienstvoll, dass Freeland mit »Feminist Transformations« eine Pionierstudie über einen zentralen und zu Unrecht vergessenen Bereich im feministischen Aktivismus seit den 1970er-Jahren vorgelegt hat, die hoffentlich zahlreiche weitere Arbeiten anregen wird.

Zitierempfehlung

Hannah Catherine Davies, Rezension zu: Jane Freeland, *Feminist Transformations and Domestic Violence Activism in Divided Berlin, 1968–2002*, Oxford University Press, Oxford 2022, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82087.pdf>> [2.7.2025].



Kjell Östberg

The Rise and Fall of Swedish Social Democracy

Verso Books | London/New York 2024
304 Seiten, Paperback | 35,00 €
ISBN 978-1-80429-465-9

rezensiert von

Sven Jochem, Universität Konstanz

Kjell Östberg hat ein wichtiges Buch vorgelegt, das zum Nachdenken einlädt und Diskussionen über das Verhältnis von Kapitalismus und (sozialdemokratischer) Politik stimulieren kann. Mit seiner umfassenden Studie zum Aufstieg und Niedergang der schwedischen »Socialdemokraterna« (S) gelingt ihm nicht nur eine konzise und detailreiche Darstellung dieser im internationalen Vergleich äußerst erfolgreichen sozialdemokratischen Partei. Nebenbei fokussiert der Autor wichtige Zäsuren der schwedischen Demokratiegeschichte. Insofern kann das Buch auch von solchen Leser:innen mit Gewinn gelesen werden, die sich nicht nur für die schwedische Sozialdemokratie, sondern allgemein für die Geschichte des skandinavischen Landes interessieren.

Kjell Östberg ist Historiker an der Södertörn Universität (Stockholm) und hat bedeutende Bücher etwa zum Leben und Wirken von Olof Palme sowie zu den auch in Schweden turbulenten Zeiten der 68er-Bewegungen vorgelegt.¹ Nicht zuletzt sein im Jahr 2021 auf Schwedisch erschienenes Buch zur Verankerung der schwedischen Demokratie in Volksbewegungen zeigt, dass für Östberg der Schlüssel zum Verständnis der Demokratie – und besonders der Sozialdemokratie – in dieser Bewegungsdynamik liegt.²

Das Buch zur schwedischen Sozialdemokratie ist strikt chronologisch gegliedert. Der Autor eröffnet den historischen Streifzug mit einem Verweis auf August Strindbergs Roman »Röda rummet« (»Das rote Zimmer«) aus dem Jahr 1879. In diesem Roman sieht Östberg die heraufziehende neue Zeit eindringlich charakterisiert als Zeit des nervösen Aufbruchs, der röhrenden Maschinen und stinkenden Schlote. Das Buch endet mit einem Kapitel zur Sozialdemokratie im Neoliberalismus. Die neoliberale Zäsur lässt der Autor mit der Wahlniederlage der Sozialdemokratie im Jahr 1976 beginnen, mit dem kurzen (und unsteten)

¹ Kjell Östberg, *I takt med tiden. Olof Palme 1927–1969*, Stockholm 2008; *ders.*, *När vinden vände. Olof Palme 1969–1986*, Stockholm 2009; *ders.*, *1968 – när allting var i rörelse*, Johanneshov 2018.

² *Ders.*, *Folk i rörelse. Vår demokratiska historia*, Stockholm 2021.

Interregnum bürgerlicher Koalitionsregierungen sowie mit der Rückkehr der Sozialdemokraten zur Regierungsmacht im Jahr 1982.

Während nach der ökonomischen Stagflation der 1970er-Jahre in anderen Ländern bürgerlich-konservative Parteien eine Kehrtwende in der wohlfahrtsstaatlichen Politik adressierten, setzte die schwedische Sozialdemokratie unter der Führung von Olof Palme auf einen Mittelweg zwischen monetaristischer Austerität (wie in Großbritannien) und keynesianistischer Nachfragestimulation (wie in Frankreich). In dieser Politik sieht der Autor allerdings weniger einen »Dritten Weg« als vielmehr die Ankunft des Neoliberalismus in der Sozialdemokratie – verkörpert durch den damaligen Finanzminister Kjell-Olof Feldt. Für Östberg ist diese vermeintliche »Verbeugung« vor dem entgrenzten Finanzkapitalismus und der zunehmenden Internationalisierung von Ökonomie und Politik jedoch nicht etwa ein später »Sündenfall« einer bis dahin mustergültigen Sozialdemokratie. Vielmehr argumentiert der Autor, dass die schwedische Sozialdemokratie mit ihrem pragmatischen Reformismus fernab von Revolutionszielen oder Verstaatlichungsgedanken bereits im frühen 20. Jahrhundert einen Weg einschlug, der zuvörderst auf ökonomische Effizienz und Steigerung der Profitabilität setzte. Dieser erworbene Wohlstand sollte dann durch zielgerichtete Politik umverteilt werden – ohne die ökonomischen Eigentumsverhältnisse anzutasten.

Im Zeitalter des Neoliberalismus scheint sich für den Autor dieser frühe »Sündenfall« der Partei zu vollenden. Während in den 1970er-Jahren noch ambitionierte Gesetze zum Arbeits- und Kündigungsschutz verabschiedet wurden, scheiterten die sozialdemokratischen Regierungen nach 1982 damit, ihren ambitionierten Plan von Arbeitnehmerfonds effektiv umzusetzen. Ursprünglich sollten »exzessive« Profite, d.h. ca. 20 Prozent der Profite in großen Unternehmen, abgeschöpft und in Fonds umgeleitet werden, die von den Gewerkschaften verwaltet werden sollten. Zwar war es die primäre Zielrichtung dieser Reform, die solidarische Lohnpolitik zu flankieren, die erst »exzessive« Profite in florierenden Unternehmen ermöglichte. Durch die Fonds hätten die Gewerkschaften allerdings auch Eigentum an Unternehmen und Produktionsmittel erwerben können. 1983 letztlich nur in einer verwässerten Form beschlossen, wurden die Fonds schon 1991 von einer bürgerlichen Koalitionsregierung wieder aufgelöst. Die Reform entpuppte sich als Papiertiger, der jedoch die Öffentlichkeit mobilisierte.

Für Östberg liegt es auf der Hand, dass diese Niederlage eine Konsequenz der Entfremdung der Partei von ihrer (gewerkschaftlich organisierten) Bewegungsbasis darstellte. Die Partei sei immer bürokratischer geworden und das Führungspersonal immer akademischer. Der Autor sieht die Aushebelung des Kapitalismus, nicht dessen reformerische Einhegung, als das wahre Ziel der sozialdemokratischen Basis an; die Parteielite habe sich von dieser Bewegung distanziert und letztlich die Ziele des Finanzkapitals abgesichert – dies ist die zweite durchgängige These des Buches.

Allerdings streift der Autor nur am Rande, dass nach den radikalen Reformen der 1970er-Jahre eben diese Idee der Arbeitnehmerfonds der Tropfen war, der für große Teile der schwedischen Gesellschaft das Fass zum Überlaufen brachte. Bo Rothstein hat etwa argumentiert, dass mit dieser Reform die Einigkeit im Lager der bürgerlichen Parteien vorangetrieben wurde (was in den frühen 1990er-Jahren erstmals zu einer Vier-Parteien-Koalition unter Einschluss der Konservativen Partei führte) und die Arbeiterbewegung in der Zivilgesellschaft an Rückhalt verlor.³ Und Östberg selbst attestiert: »Not since the Farmers' March of 1914 had so many right-leaning demonstrators gathered on the streets as at the 4 October 1983 anti-fund demonstrations.« (S. 227) Überwiegend aber blendet er aus, dass es seit den 1980er-Jahren eine gesellschaftliche Bewegung gab, die freie Märkte wertschätzte und Wahlfreiheit

³ Bo Rothstein, Why no Economic Democracy in Sweden? (Social European Research Essay, No. 12), 27.2.2021, URL: <https://www.socialeurope.eu/book/re-no-12-why-no-economic-democracy-in-sweden> [2.7.2025].

proklamierte – mit anderen Worten: eine Bewegung, die (aus Östbergs Perspektive) die Interessen des Kapitals unterstützte, nichtsdestotrotz aber als soziale Bewegung auftrat.⁴

Das Buch liest sich insgesamt wie eine sehr gut geschriebene Einführung in die Demokratiegeschichte Schwedens. Östberg schafft eine angenehme Balance zwischen Details, vor allem zur programmatischen Entwicklung im frühen 20. Jahrhundert, und den großen Zügen der Parteientwicklung. Allerdings hätte der Autor durchaus seinen Blick ab und an auf andere Länder weiten können, vielleicht auf die nordeuropäischen Nachbarländer. Dies hätte einige kausale Kurzschlüsse des Autors abschwächen können.

Denn leider weiß man nach der Lektüre zwar, dass sich die schwedische Sozialdemokratie als Volkspartei von der Arbeiterschaft im engeren Sinne entfernte, aber welcher anderen sozialdemokratischen Partei mit beachtlichen Wahlerfolgen erging es nicht ähnlich? Und es wird deutlich, dass es der Partei mit ihrem wohlfahrtsstaatlichen Reformismus nicht gelang, den Kapitalismus auszuhebeln. Dies war jedoch nie Ziel der pragmatischen schwedischen Sozialdemokratie, spätestens seit sie sich mit dem Volksheimgedanken in den späten 1920er-Jahren programmatisch zu einer Volkspartei wandelte. Vielleicht wollte die große Mehrheit der schwedischen Bevölkerung nicht auf Kapitalismus verzichten? Denn, bei aller romantischen Verklärung der 1970er-Jahre, in denen lokale Gewerkschaftsgruppen weitreichende Sozialisierungspläne schmiedeten und diskutierten, mehrheitlich entwickelte sich die gesellschaftliche Stimmung in den 1980er-Jahren doch in eine andere Richtung.

Kurzum: Es ist ein sehr gut geschriebenes Buch mit leider zu einseitigen Thesen. Zu oft und zu einfach wird die »Schuld« einer abgehobenen Partielite zugesprochen, zu selten werden Gründe erörtert, warum soziale Bewegungen in unserer heutigen Zeit anders funktionieren als noch in den 1970er-Jahren. Sicherlich entlastet es das sozialistische Kämpferherz, wenn die »Schuld« an Privatisierung, Deregulierung und sozialpolitischem Kahlschlag einem sozialdemokratischen Reformismus in die Schuhe geschoben wird. Aber warum wollte keine demokratische Gesellschaft in Europa den Kapitalismus abschaffen? Und warum wird vom Autor nur en passant darauf verwiesen, dass vielleicht auch die voranschreitende wirtschaftliche Integration der EU nationale Sonderwege erschwerte? Kaum überzeugend ist zudem das Argument, dass die Partielite die Doktrin der Neutralität in der Sicherheitspolitik geopfert habe, weil sie sich von der (friedensbewegten) Gesellschaft entfremdet habe. Hier wird verschwiegen, dass sich nach dem Beginn des russischen Krieges in der Ukraine die sicherheitspolitischen Interessen und Ziele in der Gesellschaft rasant und eindeutig verschoben. So wurde rasch von einer großen Mehrheit der Bevölkerung ein Beitritt zur NATO gefordert, und eine ebenso große Mehrheit der Bevölkerung plädierte für eine umfassende Aufrüstung des schwedischen Militärs (was auch die geräuschlose Wiedereinführung der Wehrpflicht ermöglichte, wenngleich in modifizierter Form).

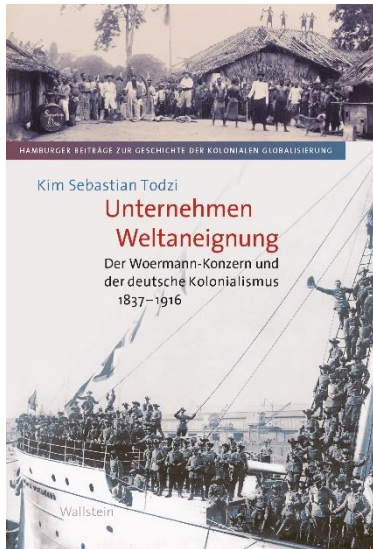
Östberg schwankt durchaus selbst in seiner Argumentation. Auf der einen Seite sieht er in der vermeintlich elitären Schließung der Sozialdemokratie einen Grund für die Entfremdung der Partei von den Volksbewegungen. Auf der anderen Seite bemerkt er lakonisch, dass die klassischen Volksbewegungen ausgezehrt seien, auch neue Formen der Bewegungsarbeit wie in der Klimabewegung könnten darüber nicht hinwegtäuschen. Hier kann eine weiterführende Debatte anknüpfen, denn wohlfahrtsstaatliche Privatisierungen, Deregulierungen und Rückbauten werden vom Autor mit vollstem Recht angeprangert, ebenso wie die rasant ansteigende materielle Ungleichheit. Aber was wären die Bedingungen einer politischen Korrektur solcher Tendenzen? Eine Sozialdemokratie, die sich aus dem europäischen Projekt und der Realität globalisierter Handels- und Finanzströme verabschiedet und wieder Kontrolle über die Wirtschaftskreisläufe in nationalen Grenzen einfordert? Solche Ziele werden im politischen Wettbewerb Schwedens durchaus angeboten – von den autoritär-chauvinistischen Schwedendemokraten, die (wie Östberg auf S. 254 ausführt) von einem sehr großen Anteil der

⁴ Vgl. Rikard Westerberg, *Swedish business as a social movement? Mobilising the masses against wage-earner funds, 1975–1991*, in: *Business History* 67, 2024, S. 1043–1062.

klassischen Arbeiterschaft gewählt wird. Sind die Schwedendemokraten also die neue Arbeiterpartei einer »Taking Back Control«-Bewegung?

Zitierempfehlung

Sven Jochem, Rezension zu: Kjell Östberg, *The Rise and Fall of Swedish Social Democracy*, Verso Books, London/New York 2024, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82086.pdf>> [2.7.2025].



Kim Sebastian Todzi

Unternehmen Weltaneignung.
Der Woermann-Konzern und der deutsche
Kolonialismus 1837–1916
(Hamburger Beiträge zur Geschichte der
kolonialen Globalisierung, Bd. 2)

Wallstein Verlag | Göttingen 2023
503 Seiten, gebunden | 38,00 €
ISBN 978-3-8353-5367-1

reviewed by

Jack H. Guenther, Jackson School of Global Affairs, Yale University

When I first visited Hamburg, in the summer term 2016, I found myself attending lectures in the »Ringvorlesung ›Hamburg: Deutschlands Tor zur kolonialen Welt. Über den Umgang mit einem schwierigen Erbe«.¹ In 2014, Hamburg's government had resolved to begin officially working through the city's intimate connection to Germany's short-lived, though remarkably consequential, colonial empire. Thus, the »Forschungsstelle ›Hamburgs (post)-koloniales Erbe/ Hamburg und die frühe Globalisierung«, established shortly thereafter, embarked on an ambitious research agenda: not only to unravel the strands of Hamburg's, and by extension Germany's, colonial and post-colonial histories, but also to weave this research into preexisting threads in modern German historiography. The »Ringvorlesung« represented a first public attempt to stake out this research agenda and propose paths forward. One of the lectures that summer concerned »Hamburg und die Gründung des deutschen Kolonialreichs unter Bismarck«, delivered by Kim Sebastian Todzi. In 2023, the same themes, developed from his PhD thesis, appeared as »Unternehmen Weltaneignung. der Woermann-Konzern und der deutsche Kolonialismus 1837-1916«, the first monograph published through the »Forschungsstelle«.²

In this role, »Unternehmen Weltaneignung« is exemplary: a convincingly argued, carefully researched book that uncovers the inner workings of German colonial capitalism. »Unternehmen Weltaneignung« is fundamentally concerned with how private firms interacted with German colonial expansion – and more broadly with the »Wechselwirkung ökonomischer und politischer Sphären im Kolonialismus« (p. 10). To answer these questions, Todzi turns his

¹ Cf. Kim Todzi, Ringvorlesung »Hamburg: Deutschlands Tor zur kolonialen Welt. Über den Umgang mit einem schwierigen Erbe«, 4.2.2016, URL: <https://kolonialismus.blogs.uni-hamburg.de/2016/02/04/ringvorlesung-hamburg-deutschlands-tor-zur-kolonialen-welt-ueber-den-umgang-mit-einem-schwierigen-erbe-20-4-2016-13-7-2016/> [2.7.2025].

² A previous book, an edited volume, appeared in 2021. Cf. Jürgen Zimmerer/Kim Sebastian Todzi (eds.), Hamburg. Tor zur kolonialen Welt. Erinnerungsorte der (post)-kolonialen Globalisierung, Göttingen 2021.

lens on the Woermann Concern – comprising the merchant house C. Woermann and the Woermann shipping line – and the network of family and employees involved with the firm. The Woermann Concern was the dominant firm in Kamerun, a German »Schutzgebiet« centered on the city of Douala at the Wouri river delta. Adolph Woermann, son of the firm's founder, played a decisive role in extending formal German colonial rule into Kamerun. This approach represents what Todzi calls a »micro-historical« study of colonial capitalism and the global economic context in which it occurred (p. 13).

The past two decades have seen a wide-ranging turn to investigate the »Kaiserreich« through its global and colonial entanglements, yet economic and business histories have been relatively lacking in this literature. This is a major analytic oversight, given economic integration was arguably the most thoroughgoing of Imperial Germany's global entanglements. The enduring salience of German exports – and the political contests over the direction of Germany's international economic relations during the Weimar Republic, the Nazi period, and into the Federal Republic – underscores the need to re-examine the global economic and business history of the Wilhelmine period.

»Unternehmen Weltaneignung« provides precisely such a history, arguing for a »nahezu symbiotische Verbindung« between the Woermann Concern and the German colonial government (p. 12). On this reading, Woermann provided a »Motor der imperialen Globalisierung« (p. 13), especially as the firm moved into shipping and logistics operations. This argument unfolds across seven main chapters covering the firm's business from the middle of the nineteenth century; Woermann's first overtures to Berlin and the seizure of »Deutsch-Kamerun« in the 1880s amid the »Scramble for Africa«; colonial capitalism and its operation in the spheres of politics, economics, social structures, as well as physical violence; and Woermann's place in a larger network of »imperial globalization«, especially its logistical support for Germany's genocidal war in Southwest Africa and its use of forced labor in Swakopmund. The book closes with a short chapter that carries the story from 1907 through the formal separation of the firm's shipping line (the »Woermann-Linie«) and its merchant business (the »Handelshaus C. Woermann«) in 1916 and into the Second World War.

»Unternehmen Weltaneignung« builds its argument onto a meticulously researched archival scaffolding. Materials from the Woermann firm provide the central spine. These include balance sheets, correspondence among principals, published materials in scholarly and propagandistic periodicals, and a tranche of letters written by Africans to the firm's representatives. Key to Todzi's analysis is a commitment to a sort of ecumenical methodology: an insistence on pairing traditional business history with social and political histories of economic life; with post-colonial approaches; with the analysis of personal networks, cultural capital, and discursive fields. To this reader that method is a triumph and supplies one of the book's great strengths. Pulling it off required not only substantial archival legwork but also wide reading in other imperial historiographies, as well as the »New History of Capitalism« that has cropped up at North American universities. Yet the book's wide range does not sacrifice close attention to the long tradition of Hamburg's historiography, especially the volumes of self-referential work produced by businessmen and firms themselves.

Adopting perspectives from such wide-ranging approaches necessarily entails tradeoffs. Some readers may wonder exactly how representative Woermann's »symbiotic« relationship with the Imperial German government was. The book understandably attends most closely to Woermann and its relationship to German colonialism, and here it is a resounding success. Yet how did Woermann compare to Hamburg's other merchant houses, shipping firms, banks and insurers? »Unternehmen Weltaneignung« sidesteps broader conclusions about the nature of Germany's imperial ambitions as such, beyond the observation that economic matters figured prominently. The section on Woermann's involvement with the »Deutscher Flottenverein« (Navy League) and naval armament between 1897 and 1900, for example, relies largely on diplomatic histories, and might have engaged with recent scholarship by Erik Grimmer-Solem

and Steven Press on the economic dimensions of German »Weltpolitik«.³ Todzi references Ekkehard Böhm's conclusion that Hamburg's commercial elite expected »Weltpolitik« to yield »an empire of merchants« (p. 348). When those expectations failed to materialize, Böhm figured these merchants as unwitting losers in domestic political maneuvering.⁴ Similar studies, like Lamar Cecil's seminal biography of the shipping titan Albert Ballin, likewise concluded that Ballin's overseas horizons left him unable to properly influence German politics.⁵ Todzi reverses this intuition, showing how Hamburg's merchant elite actively engaged in – and profited from – »Weltpolitik«. Yet theirs was not the only vision of what this amorphous »Überall-dabei-sein-Wollen« (as it was called by the left-liberal politician Eugen Richter) might produce.⁶ Even in Hamburg, support for armament split, with some merchants wanting a blue water battle fleet made stylish by the American imperialist Alfred Thayer Mahan and others preferring the lighter, faster cruisers favored by the *jeune école* of naval theorists.

These criticisms point to the larger set of issues that »Unternehmen Weltaneignung« – and Todzi's impressive methodology – unlocks. There is much in Todzi's approach to emulate, as historians go on to explore new cases, to complement this study of the Woermann Concern. Certainly, the book examines the ambiguities that define public-private business relations, but its main argument, forcefully and convincingly presented, that Woermann grew especially close to German »Kolonialherrschaft« in West Africa, such that the two institutions relied on each other, is compelling and important. The implications for similar histories of private business in the age of imperial globalization are obvious. While other cases might uncover different arrangements between private enterprise and imperial ambitions, »Unternehmen Weltaneignung« successfully centers German colonial capitalism as a problem field that demands further exploration. In this sense, it is a pathbreaking book that should be essential reading for historians of German colonialism, indeed of colonialism in general, and its relationship with globalization.

Zitierempfehlung

Jack H. Guenther, Rezension zu: Kim Sebastian Todzi, Unternehmen Weltaneignung. Der Woermann-Konzern und der deutsche Kolonialismus 1837–1916, Wallstein Verlag, Göttingen 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82085.pdf>> [2.7.2025].

³ Erik Grimmer-Solem, Learning Empire. Globalization and the German Quest for World Status 1875–1919, Cambridge/New York 2019; Steven Press, Blood and Diamonds. Germany's Imperial Ambitions in Africa, Cambridge, Mass. 2021.

⁴ Ekkehard Böhm, Überseehandel und Flottenbau. Hanseatische Kaufmannschaft und deutsche Seerüstung 1879–1902, Düsseldorf 1972.

⁵ Lamar Cecil, Albert Ballin. Business and Politics in Imperial Germany 1888–1918, Princeton, New Jersey 1967.

⁶ Cit. from Wolfgang J. Mommsen, Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890 bis 1918, Berlin 1995, p. 309.



**Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung/
Johannes Zechner (Hrsg.)**

Schmidt!
Demokratie leben

Sandstein Verlag | Dresden 2024
208 Seiten, Festeinband | 38,00 €
ISBN 978-3-95498-844-0

rezensiert von

Patrick Böhm, Stadtarchiv Mülheim an der Ruhr

Zwischen 2005 und seinem Tod 2015 galt Helmut Schmidt regelmäßig in Meinungsumfragen als Deutschlands »beliebtester« und »bester« Kanzler¹ – eine Popularität, die auch zehn Jahre nach seinem Tod und 42 Jahre nach dem Ende seiner Kanzlerschaft ungebrochen scheint. Gerade in den heutigen Zeiten sehnen sich offenbar viele Bürger:innen nach dem Politikertypus, den Schmidt verkörperte: den pragmatischen »Macher«, der jedoch die globalen Herausforderungen seiner Zeit auch gedanklich reflektiert. Zugleich wird sein Erbe immer wieder von rechtspopulistischen Parteien instrumentalisiert und bewusst verkürzt dargestellt. Der rezensierte Band »Schmidt! Demokratie leben«, 2024 von der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung durch Johannes Zechner herausgegeben, dient zum einem als Katalog zu der gleichnamigen Dauerausstellung in den Räumlichkeiten der Stiftung in Hamburg, beinhaltet mit sechzehn begleitenden Textbeiträgen aber auch Elemente eines klassischen Sammelbandes. Die Beiträge sind thematisch vielfältig und reichen von Schmidts Kindheit bis zu seinem Wirken als Elder Statesman. Diese Besprechung konzentriert sich im Folgenden auf zwei Querschnittsthemen, die in besonders vielen Beiträgen aufscheinen: Sicherheitspolitik sowie globale Wirtschafts- und Energiepolitik.

Giesela Diewald-Kerkmann legt in ihrem Beitrag »Terrorismus« den Fokus auf einen Aspekt der inneren Sicherheit. Der RAF-Terrorismus stellte in den 1970er-Jahren sowohl die Strafverfolgungsbehörden als auch die Politik vor ein neuartiges Problem. Die Bundesregierung musste klären, mit welchen Mitteln sie in die Auseinandersetzung mit der RAF ging. Die Autorin arbeitet in ihrem Beitrag die Rolle Schmidts bei dem Strategiewechsel nach dem Gefangenenaustausch rund um die Entführung des Berliner CDU-Politikers Peter Lorenz im Februar 1975 heraus. Schmidt selbst sei es gewesen, der ab dem Überfall auf die deutsche

¹ Vgl. *Antonia Kleikamp*, »Manche Menschen hoffen, Helmut Schmidt könne Wiederauferstehung feiern«, in: *Die Welt*, 25.6.2024, URL: <https://www.welt.de/geschichte/article252150332/Politische-Fuehrung-Manche-Menschen-hoffen-Helmut-Schmidt-koenne-Wiederauferstehung-feiern.html> [25.6.2025]; *Sven Felix Kellerhoff/Helmut Stubbe da Luz* (Hrsg.), *Vorbild Helmut Schmidt? Politische Führung in Krisen und Katastrophen*, Hamburg 2024.

Botschaft in Stockholm im April 1975 auf Unnachgiebigkeit und Nichterpressbarkeit gegenüber den Terroristen gesetzt habe. Die damit einhergehende Ausweitung der Rechtsmittel der Strafverfolgungsbehörden ordnet Diwald-Kerkmann als verfassungsrechtlichen Balanceakt ein. Abgerundet hätten den Beitrag Einsichten zum Innenleben des Kanzlers, auch angesichts der Gefahr einer eigenen Entführung. Auch das Verhältnis zur Familie des von der RAF getöteten Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer nach 1977 hätte ihn bereichert.

Als »unübertroffene[n] Experte[n] auf dem Feld der Sicherheitspolitik« (S. 89) rühmt Detlef Bald den Verteidigungsminister Helmut Schmidt. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit war Schmidt mit den Plänen für »Atomic Demolition Munitions« (ADM) konfrontiert. Über deren Einsatz entschieden damals im Ernstfall die amerikanische und deutsche Generalität und nicht die Politik. Schmidt setzte in Verhandlungen mit den USA eine politische Kontrolle durch. Zugleich gelang es Schmidt, die zuvor stark abgekapselte Bundeswehr gesellschaftlich zu öffnen und etwa im Bereich der Rekrutierung mit dem bis dahin geltenden Konzept »politisch-ideologische[r] Homogenität« (S. 91) zu brechen. Bald verdeutlicht die durchaus große Skepsis der damaligen Generalität gegenüber der Politik Schmidts; die interessante Frage nach der Wahrnehmung Schmidts in der »Truppe« wird leider nicht gestellt.

Claudia Kemper widmet sich in ihrem Beitrag dem Anfang der 1980er-Jahre kontrovers diskutierten NATO-Doppelbeschluss. Während in seiner Partei unterschiedliche Positionen zur Nachrüstung diskutiert wurden, war die Position des Kanzlers klar: Er begriff die Nachrüstung als Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik. Zwar ging Schmidt auf Pro- und Kontra-Argumente in der Diskussion sehr wohl ein, hielt die Angstbekundungen vor einem Atomkrieg aus den Reihen der Friedensbewegung allerdings für »politisch unzulässige Befindlichkeiten« und verkannte die in ihnen zum Ausdruck kommende »neue Qualität des demokratischen Diskurses« (S. 104), wie Kemper betont.

Kemper verweist anlässlich Nachrüstungsthematik auch auf Schmidts Position zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Das leitet bereits zum zweiten Querschnittsthema, der Wirtschafts- und Energiepolitik, über. Wie Kemper betonen auch Henning Türk und Felix Lieb in ihren lesenswerten Beiträgen zur Energie- und Atompolitik, dass Schmidt die Kernenergie als Garant einer langfristig gesicherten Energieversorgung begriff. Beide Autoren führen diese Einstellung auf die Auswirkungen der ersten Ölpreiskrise von 1973/74 zurück. Schmidt ordnete, so betont Lieb, umweltpolitische Fragen der Energie- und Beschäftigungssicherheit unter. Doch leugnete der Kanzler die Gefahren der Kernenergie nicht. Das unterschied ihn von der »stürmischen Atomeuphorie der 1950er- und 1960er-Jahre« (S. 152), die seinerzeit auch große Teile der SPD erfasst hatte. Insbesondere die Unterordnung von umweltpolitischen Fragen brachte Schmidt allerdings in Konflikt zur Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung und machte ihn zu einem »entscheidende[n] Katalysator für die Gründung der GRÜNEN« (S. 149). Türk ergänzt, dass Schmidt unabhängig von seiner Priorisierung der Atomenergie gleichwohl den Diskussionen um den Klimawandel offen gegenüberstand. So betonte der Politiker mehrfach die zukünftig wichtige Rolle von Solar- und Windenergie im Vergleich zur Nutzung fossiler Energieträger. Doch blieben Ansätze zur Abbremsung des Klimawandels wie eine Ökosteuer in seiner Kanzlerzeit in den Kinderschuhen stecken. Türk befasst sich im Wesentlichen mit dem Thema Öl. Schmidts Verhältnis zur Kohle findet leider nur am Rande Berücksichtigung, wird aber durch die visuelle Begleitung des Beitrags hervorgehoben.

Während sich Lieb auf die nationale Ebene konzentriert, weist Türk darauf hin, dass Schmidt auch die Weltwirtschaftsgipfel nutzte, um seine Energiepolitik international abzustimmen. Der erste Weltwirtschaftsgipfel, den Frankreich und die Bundesrepublik 1975 in Rambouillet veranstalteten, war zunächst nicht als wiederkehrende Veranstaltung geplant, doch 2024 feierte der Gipfel – mittlerweile als G7 bekannt – sein fünfzigstes Zusammenkommen. Laut William G. Gray nutzte Schmidt die Gipfel, um Einfluss auf seine Amtskollegen geltend zu machen, geriet aber gegenüber dem US-Präsidenten Jimmy Carter gleich mehrfach selbst unter Druck. Da der Band keinen eigenen Beitrag zum Verhältnis Schmidts zu den USA und insbesondere zu Carter enthält, hätte es sich angeboten, an dieser Stelle zumindest kurz das

schwierige Verhältnis der beiden Staatsmänner anzudeuten. Anfang der 2000er-Jahre wurde der »exklusive[...] Charakter« der Gipfeltreffen zunehmend aus der Zivilgesellschaft heraus kritisiert. Ironischerweise, so Gray, habe Schmidts Konzeption allerdings gerade durch den Ausschluss der Zivilgesellschaft die »Bewahrung der demokratischen Stabilität« erzielen wollen. Das führt Gray auf Schmidts Führungsverständnis zurück, dem »öffentlichen Druck zum Wohle der Allgemeinheit zu widerstehen« (S. 176).

Dass die Weltwirtschaftsgipfel von Schmidt darüber hinaus genutzt wurden, um den Auswirkungen der Strukturkrise der 1970er-Jahre mittels einer international abgestimmten Stabilitätspolitik zu begegnen, verdeutlicht Wiebke Wiede. Obgleich die Autorin argumentiert, dass Schmidts Krisenmanagement hauptsächlich auf der »weltpolitischen Bühne« (S.126) stattgefunden habe, widmet sie sich selbst primär den innenpolitischen Auswirkungen der Strukturkrise. Schmidts Versuche, die konjunkturellen Probleme der Bundesrepublik zu lösen, riefen sowohl auf Seiten der Gewerkschaften als auch auf der des Koalitionspartners FDP starke Proteste hervor. Die Auseinandersetzungen mit der FDP führten im Herbst 1982 schließlich zum Ende der sozialliberalen Koalition.

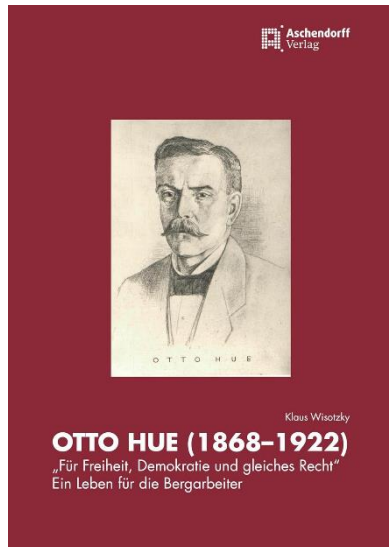
Neben den hier fokussierten Beiträgen enthält der Ausstellungskatalog noch weitere lesenswerte Artikel. Magnus Koch untersucht Schmidts Verhalten während der NS-Zeit. Hartmut Soell analysiert Schmidts Verhältnis zur SPD, während Merle Strunk die Politik(er)bilder, die Schmidt bis heute zugeschrieben werden, thematisiert. Franklin Kopitzsch widmet sich Schmidts früher Zeit in Hamburg. Schmidts Finanzpolitik beleuchtet Tim Schanetzky. Hélène Miard-Delacroix hingegen akzentuiert das Verhältnis des Kanzlers zu Frankreich. Ergänzt wird das weite Beitragsspektrum durch Thomas Birkener, der Schmidts publizistisches Wirken analysiert, sowie Thomas Karlauf, der sich mit den Netzwerken des ehemaligen Bundeskanzlers befasst.

Gerade angesichts dieser thematischen Breite des Bandes fällt das Fehlen einer Einleitung negativ ins Gewicht. Sie hätte die Chance geboten, eine inhaltliche Klammer der Publikation zu formulieren und übergeordnete Erkenntnisse herauszuarbeiten. Auf der inhaltlichen Ebene fördern die einzelnen Beiträge nur wenig Neues zu Tage, doch sind sie gründlich recherchiert und regen durch ihre Literaturempfehlungen zur Weiterbeschäftigung an. Alle Artikel sind mit aussagekräftigen Abbildungen reichlich illustriert. Für eine vereinfachte Handhabbarkeit wäre es allerdings begrüßenswert gewesen, die Abbildungen mit Bildunterschriften zu versehen.

Trotz einiger kleinerer struktureller Probleme stellt der Band so insgesamt ein gelungenes niedrigschwelliges Angebot dar, sich mit der Person Helmut Schmidts abseits populistischer Instrumentalisierung auseinanderzusetzen und einen differenzierten Blick auf ihr politisches Erbe zu gewinnen. Dem Ausstellungskatalog und natürlich auch der Ausstellung selbst sind somit eine breite öffentliche Wahrnehmung zu wünschen. Gerade nach der Verhärtung und Verkürzung der politischen Diskurse in den vergangenen Wahlkämpfen und den mitunter schwierigen Regierungsbildungen ist ein Blick auf Schmidts plurales Demokratieverständnis ratsam, das, so analysiert Meik Woyke in seinem Beitrag »Demokratie – Rhetorik/Image – Erinnerung«, von offenen, sachorientierten Diskussionen ausging, an deren Ende ein politischer Kompromiss stehen sollte.

Zitierempfehlung

Patrick Böhm, Rezension zu: Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung/Johannes Zechner (Hrsg.), Schmidt! Demokratie leben, Sandstein Verlag, Dresden 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82084.pdf>> [2.7.2025].



Klaus Wisotzky

Otto Hue (1868–1922).
»Für Freiheit, Demokratie und gleiches Recht«. Ein
Leben für die Bergarbeiter
(Veröffentlichungen des Hauses der Essener
Geschichte/Stadtarchiv, Bd. 4)

Aschendorff Verlag | Münster 2024
455 Seiten, gebunden | 29,90 €
ISBN 978-3-402-14215-8

rezensiert von

Stefan Goch, Ruhr-Universität Bochum

Eine zentrale Lücke der nicht nur biografischen Forschung zur Arbeiterbewegung und zur Geschichte des Ruhrgebiets ist endlich gefüllt worden. Klaus Wisotzky hat das Wirken des Bergarbeiterführers, Gewerkschafters und Sozialdemokraten Otto Hue dokumentiert, der im Kaiserreich und in der Weimarer Republik an einflussreicher Stelle für ein konstitutionelles Fabrikssystem, ein komplexes System der Wirtschaftsdemokratie (das man in seiner Zeit so noch nicht nannte) und letztlich für korporatistische Vorstellungen eintrat. Zu seiner Bedeutung trug nicht zuletzt sein zweibändiges Werk zur Geschichte des Bergbaus und der Bergarbeiterbewegung bei, welches das Selbstbild der Bergarbeiterbewegung prägen sollte.¹ Wisotzkys Biografie des »ungekrönten Königs« der deutschen Bergarbeiterschaft (Hans Mommsen)² ist systematisch gegliedert nach den zentralen Bereichen seiner gewerkschaftlichen, sozialdemokratischen und politischen Aktivitäten, mangels autobiografischer Quellen hart erarbeitet aus Hues überlieferten Schriften und Publikationen, aus dokumentierten Äußerungen in Zeitungen, auf Gewerkschaftskongressen und Parteitag sowie aus (Spitzel-)Berichten.

Otto Hue, geboren 1868, wuchs wie viele Gewerkschafter und Sozialdemokraten in armen Verhältnissen in (Dortmund-)Hörde auf und wurde Schlosser. Um 1890 fand er zur Gewerkschaft und zur Sozialdemokratie. Ab 1893 war er im Deutschen Metallarbeiterverband aktiv und wurde 1894 beim Bergarbeiterverband angestellt. Seine führende Rolle in der nach dem großen Bergarbeiterstreik von 1889 entstandenen freigewerkschaftlichen Bergarbeiterbewegung erlangte Hue ab 1895 als Redakteur der Bergarbeiter-Zeitung des »Alten Verbandes« und als Redner bei unendlich vielen Gelegenheiten. Er erarbeitete sich diese Rolle in der Krise der Bergarbeiterbewegung, deren politische Ausrichtung und Streikpolitik in der Anfangszeit zu der Gründung des konkurrierenden Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter geführt hatte. Als

¹ Otto Hue, Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, 2 Bde., Berlin/Bonn 1981 (zuerst 1910–1913).

² Hans Mommsen, Einführung, in: ebd., Bd. 1, S. I–XI, hier S. VIII.

Vertreter einer auf ökonomische Interessenvertretung und (relative) parteipolitische Neutralität orientierten Gewerkschaftspolitik innerverbandlich durchaus scharf kritisiert, trug Hue zur Stabilisierung und zum Aufschwung des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes in der konfessionell, kulturell, gewerkschaftlich und (partei-)politisch fragmentierten Gesellschaft des Ruhrgebiets bei. Eine starke gewerkschaftliche Organisation war für ihn Voraussetzung aller sozialen und politischen Erfolge. Die erhoffte einheitliche Organisation erreichte er allerdings nicht, auch die aus den preußischen Ostprovinzen zugewanderten »Ruhrpolen« organisierten sich noch separat. So gelang es auch Hue nur in Grenzen die Gegensätze in der Zuwanderergesellschaft des Ruhrgebiets zu überwinden und die Konfliktaustragung in den besonderen Strukturen des Steinkohlenbergbaus in geregelte Bahnen zu lenken.

Von 1903 bis zu seiner schmerzlichen Niederlage gegen einen von Zentrum und Christlichem Gewerkverein unterstützten nationalliberalen Arbeiterkandidaten 1912 vertrat Hue den Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen im Reichstag. 1913 wurde er dann trotz Dreiklassenwahlrecht in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Nach innerverbandlichen Auseinandersetzungen endete 1905 Hues Tätigkeit als Redaktionsleiter der Bergarbeiter-Zeitung. Er blieb aber Angestellter des »Alten Verbandes« und sein wichtigster Repräsentant. In seiner parlamentarischen Arbeit positionierte sich Hue als Vertreter der reformorientierten Pragmatiker in der Sozialdemokratie. Im August 1914 gehörte Hue mit der überwiegenden Mehrheit der sozialdemokratischen Gewerkschafter zu den Befürwortern der Burgfriedenspolitik und der Bewilligung der Kriegskredite. Im Verlauf des Krieges unterstützte er die Positionierung der Sozialdemokraten gegen Annexionen, hoffte aber vergeblich auf einen Verständigungsfrieden. Angesichts der Versorgungsschwierigkeiten und der Not der Bevölkerung bemühte sich Hue um Vermittlung zwischen Obrigkeit, Arbeiterschaft und Unternehmen, um Radikalisierungen in dem gegenüber anderen Regionen eher ruhigen Ruhrgebiet zu vermeiden. Als sich die Niederlage abzeichnete, erreichte Otto Hue als zentraler Vertreter der Bergbau- sowie der Montangewerkschaften die bis dahin immer verweigerte Anerkennung der Gewerkschaften als Verhandlungspartner durch die Arbeitgeber. Die als korporatives Modell analog zur Zentralarbeitsgemeinschaft im Reich errichtete Arbeitsgemeinschaft im Bergbau kam letztlich nur unter dem Druck des Zusammenbruchs des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaates und der Furcht der Unternehmer vor dem vermeintlich drohenden Bolschewismus zustande. Schon 1921 sollte auch Hue erkennen, dass die Zechenherren und Schlotbarone ihre »Herr-im-Haus«-Position keineswegs dauerhaft aufgegeben hatten.

1919 wurde Hue in die Nationalversammlung und die Verfassunggebende Preußische Landesversammlung, später dann in den Reichstag sowie in den Preußischen Landtag gewählt. Noch wichtiger war aber seine Beteiligung an den Waffenstillstands- und Reparationsverhandlungen und an Beratungsgremien zur Wirtschafts- und natürlich Kohlepolitik. Gegenüber in der Novemberrevolution verbreiteten Forderung nach Sozialisierung des Bergbaus argumentierte Hue, dass unter den gegebenen Rahmenbedingungen eine Sozialisierung kurzfristig nicht möglich wäre. Wisotzky dokumentiert hier die Realpolitik Hues zur Behebung der Kohlennot in der Nachkriegskrise, argumentiert also sachlich unter Berücksichtigung der Bedingungen der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und nicht vom Ende der Weimarer Republik her. Hue agierte hier als Vertreter einer staatstragenden Sozialdemokratie und ihrer längerfristigen Perspektiven. Allerdings gelang es der Bergarbeitergewerkschaft und Hue auch nicht, die Massenbewegungen insbesondere in der Ruhrarbeiterschaft, die konkrete Verbesserungen in ihrem Alltag erwarteten, für die komplexen Vorstellungen eines korporativen Politikmodells und die Weimarer Republik zu gewinnen. Wisotzky hat schon vor Jahren gezeigt, dass Teile der Bergarbeiterschaft nicht nur Linksradiكالen und Kommunisten folgten, sondern durchaus empfänglich für national-sozialistische Vorstellungen waren.³

³ Vgl. Klaus Wisotzky, Der Ruhrbergbau im Dritten Reich. Studien zur Sozialpolitik im Ruhrbergbau und zum sozialen Verhalten der Bergleute in den Jahren 1933 bis 1939, Düsseldorf 1983.

Otto Hue starb 1922 im Alter von 54 Jahren an einer Lungenentzündung. Wisotzky skizziert ihn in seinem biografischen Portrait anhand zahlreicher dokumentierter Äußerungen als einen scharf argumentierenden Gewerkschafter und Sozialdemokraten, der mit seinen Gegnern und auch mit seinen Genossen und Kollegen (Frauen gab es da nur ganz selten) nicht zimperlich und oft auch wenig freundlich umging. Sein wenig konziliantes Verhalten schadete dem Bergarbeiterkönig aber offensichtlich nicht. Der Vorwärts schrieb zu seinem Tod, »das Proletariat« habe »eine der größten und besten Persönlichkeiten, die es aus sich selbst hervorgebracht hat«, verloren (zit. nach S. 382). Auch seine Gegner von links und Bürgerliche zollten ihm postum Respekt. Seiner Beerdigung wohnten etwa 200.000 Menschen bei.

In der erst nach der Zerstörung der Weimarer Republik, dem Nationssozialismus und dem Zweitem Weltkrieg erreichten Montanmitbestimmung und schließlich in der Kooperation von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und ihrer Einheitsgewerkschaft sowie dem Staat hätte Hue wohl die Verwirklichung vieler seiner Vorstellungen gesehen. Klaus Wisotzkys gelungene Biografie des nicht nur für den Bergbau und das Ruhrgebiet bedeutenden Gewerkschafters und Sozialdemokraten Otto Hue zeigt exemplarisch die zentrale Rolle der Arbeiterbewegung und ihrer Akteure im langfristigen Kampf für Freiheit, Demokratie und gleiches Recht - wie der Titel schon sagt.

Zitierempfehlung

Stefan Goch, Rezension zu: Klaus Wisotzky, Otto Hue (1868–1922). »Für Freiheit, Demokratie und gleiches Recht«. Ein Leben für die Bergarbeiter, Aschendorff Verlag, Münster 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82083.pdf>> [1.7.2025].



Sebastian Lotto-Kusche

Der Völkermord an den Sinti und Roma und die Bundesrepublik.

Der lange Weg zur Anerkennung 1949–1990
(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für
Zeitgeschichte, Bd. 125)

De Gruyter Oldenbourg | Berlin/Boston 2022
272 Seiten, Broschur | 24,95 €
ISBN 9783110774023

rezensiert von

Joey Rauschenberger, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma ist ein von der Geschichtswissenschaft lange vernachlässigtes, heute aber im Mainstream der nationalen wie internationalen NS- und Holocaustforschung angekommenes Thema. Die wissenschaftliche wie gesamtgesellschaftliche Deutung dieses Genozids können längst selbst historisiert werden. Die 2022 erschienene Dissertation von Sebastian Lotto-Kusche über die Anerkennung des Genozids an den Sinti und Roma in der ›alten‹ Bundesrepublik von 1949 bis 1990 ist ein Beitrag dazu.

Der Flensburger Historiker geht von einem – wie es im Untertitel der Studie heißt – »lange[n] Weg zur Anerkennung« aus und übernimmt damit die in der bisherigen Forschung wohl etablierte Annahme einer klassischen Fortschrittsgeschichte. Die grundlegenden Etappen und Entwicklungen dieses Weges von der Leugnung und Bagatellisierung zur späten Anerkennung des Völkermords in den frühen 1980er-Jahren sind von Historiker*innen wie Gilad Margalit, Michael Zimmermann, Karola Fings und Frank Reuter bereits überblicksartig skizziert worden.¹ Lotto-Kusche führt diese teils älteren, vorwiegend in Aufsätzen publizierten Erkenntnisse nun monografisch zusammen, ergänzt sie durch eigenes Aktenstudium und gewinnt seinen Quellen so manches differenzierende Detail ab. Der Autor fragt, wie der nach 1945 zunächst noch »durch und durch rassistische Blick auf Sinti und Roma und deren Verfolgung im Nationalsozialismus erst kritisch hinterfragt und schließlich – zumindest weitgehend in den

¹ Vgl. Karola Fings, Schuldabwehr durch Schuldumkehr. Die Stigmatisierung der Sinti und Roma nach 1945, in: Oliver von Mengersen (Hrsg.), Sinti und Roma. Eine deutsche Minderheit zwischen Diskriminierung und Emanzipation, Bonn/München 2015, S. 145–164; Frank Reuter, Die Deutungsmacht der Täter. Zur Rezeption des NS-Völkermords an den Sinti und Roma in Norddeutschland, in: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.): Die Verfolgung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus, Bremen 2012, S. 127–143; Gilad Margalit, Die Nachkriegsdeutschen und »ihre Zigeuner«. Die Behandlung der Sinti und Roma im Schatten von Auschwitz, Berlin 2001; Michael Zimmermann, Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische »Lösung der Zigeunerfrage«, Hamburg 1996, S. 23–39.

gesellschaftlichen Eliten – durch eine andere Wahrnehmung ersetzt werden« konnte (S. 1). Dabei will sich Lotto-Kusche nicht auf die wenigen Jahre zwischen 1979 und 1982 beschränken, die auch er als Kern einer »beschleunigten Transformation« (S. 22) ausmacht, die den Durchbruch zur politischen Anerkennung sowohl der Organisationen der Minderheit als auch des genozidalen Charakters ihrer NS-Verfolgung brachte. Stattdessen weitet er den Untersuchungszeitraum auf die gesamte Nachkriegszeit aus, wodurch die Studie vom Anspruch her zu einer Gesamtdarstellung der Rezeptions- und Diskursgeschichte des Völkermords an den Sinti und Roma nach 1945 in Westdeutschland gerät.

Mit dem Zugriff der historischen Diskursanalyse will Lotto-Kusche der Frage näherkommen, »wann und wie – bezogen auf die »NS-Zigeunerverfolgung« – ein kriminalpräventiver Denkstil von einem genozidkritischen Denkstil abgelöst oder verdrängt wurde« (S. 24). Hinter dem Begriff der Denkstile verbirgt sich kein besonders komplexes Konzept. Lotto-Kusche definiert sie nach Ludwig Fleck, dem Klassiker der Erkenntnistheorie, als »Denkgewohnheiten« von im Gedankenaustausch stehenden Menschengruppen (S. 23).² An anderer Stelle ist auch schlicht von Paradigmen die Rede. Letztlich geht es um nichts anderes als um diskursbestimmende Vorstellungen und Bewertungen der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung der Sinti und Roma. Die notwendigerweise zu setzenden Schwerpunkte sind plausibel gewählt. Lotto-Kusche fasst die (geschichts-)wissenschaftliche Beschäftigung mit der NS-»Zigeunerverfolgung« ebenso ins Auge wie öffentliche zivilgesellschaftliche Aushandlungsprozesse. Schließlich wird stets auch die Frage mitgedacht, wie sich das veränderliche Wissen im politischen Raum niederschlug. Dazu passen die Quellen der Studie. Verwaltungsakten staatlicher Behörden und die Überlieferung der Parteien geben Aufschluss über die politischen Prozesse. Anhand von Privatarchiven aktivistischer Verbände wie der mit den Sinti und Roma zeitweise eng kooperierenden »Gesellschaft für bedrohte Völker« rekonstruiert der Autor das Handeln der bürgerrechtsbewegten Zivilgesellschaft. Dass die Perspektive der Sinti und Roma-Bürgerrechtsbewegung und ihrer Akteure selbst nicht systematisch erschlossen werden konnte, ist nicht mangelndem Bemühen des Autors anzulasten, sondern der fehlenden Bereitschaft des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, der sein Archiv »nach jahrelangen Verhandlungen« (S. 25) nur sehr begrenzt öffnete. Historiografische Publikationen werden angereichert durch die Auswertung der Nachlässe wichtiger Fachvertreter, des Materials beteiligter Wissenschaftsverlage und von Unterlagen im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ).

Leitbegriffe der Analyse sind der »kriminalpräventive« und der »genozidkritische« Denkstil. Ersterer steht für eine Sichtweise, die dem NS-Genozid den Charakter als rassistisch begründete Kollektivverfolgung absprach, weil die kriminalpolizeiliche Kontrolle und letztlich Deportation im Wesentlichen sicherheitspolizeilichen Zielen der Verbrechensbekämpfung gedient habe. Diese auf den antiziganistischen Topos vom »kriminellen Zigeuner« rekurrierende Exkulpation des Völkermordes dominierte vor allem während der 1950er-Jahre den zeithistorischen, juristischen und vergangenheitspolitischen Fachdiskurs, wenn etwa die Täter aus den Reihen der NS-Kriminalpolizei ihre Karrieren in Nachkriegsdeutschland oftmals fortsetzen konnten oder den überlebenden Opfern das Recht auf Entschädigung immer wieder bestritten wurde, wie Lotto-Kusche – beides nicht zum ersten Mal – anschaulich beschreibt. Nachdem der Rassismus gegen Sinti und Roma in den 1960er-Jahren eine Modernisierung erfahren habe, nicht zuletzt durch das unheilvolle – ebenfalls schon fundiert aufgearbeitete³ – Wirken des zum führenden »Zigeunerexperten« der Zeit avancierenden Mediziners Hermann Arnold, interpretiert Lotto-Kusche die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in den 1970er-Jahren bereits als Vorbereitung des »genozidkritischen« Denkstils, der sich dann ab 1979 rasant auf breiter Front durchgesetzt habe: zivilgesellschaftlich, akademisch, politisch. Auch für die Darstellung dieser Wende zur Anerkennung, erkämpft von einem Netzwerk aus Minderheiten-

² Ludwig Fleck, Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv, Frankfurt am Main 1980.

³ Vgl. Christian Kelch, Dr. Hermann Arnold und seine Zigeuner. Zur Geschichte der Grundlagenforschung gegen Sinti und Roma in Deutschland unter Berücksichtigung der Genese des Antiziganismusbegriffs, Diss. Erlangen-Nürnberg 2020, URL: <https://open.fau.de/items/611e4c74-6b3a-4673-93fe-bd4ecf6dd006> [1.7.2025].

Selbstorganisationen und Verbündeten aus dem Umfeld der Neuen Sozialen Bewegungen, konnte Lotto-Kusche auf Vorarbeiten zurückgreifen, namentlich auf Aufsätze von Daniela Gress.⁴

Einige von Lotto-Kusches Befunden haben aber durchaus Neuigkeitswert. So fiel der Bundesregierung 1982 unter Kanzler Helmut Schmidt die offizielle Anerkennung des Völkermordes deshalb umso leichter, weil das Bundesjustizministerium versicherte, dies habe schon seit dem Bundesentschädigungs-Schlussgesetz von 1965 der politischen Praxis entsprochen. Dem symbolischen Wert des offiziellen Anerkennungsaktes tat das jedoch keinen Abbruch, wie auch Lotto-Kusche betont. Überhaupt ist es vor allem das Aktenmaterial der obersten Bundesbehörden aus den 1970er- und 1980er-Jahren, dem der Autor die spannendsten Erkenntnisse seiner Arbeit entlockt. Hier gelingt es Lotto-Kusche, bislang nur oberflächlich erzählte Prozesse tiefer zu durchdringen und erstmals den Blick auf Diskussionen unter den zentralen Akteuren in den Ministerien freizulegen. Das bisher sehr auf die ›Helden‹ der Bürgerrechtsbewegung verengte Bild erweitert sich so um bisher weitgehend unbekannte Gegenspieler wie den einflussreichen Regierungsbeamten Karl-Heinz Kursawe, aber auch um Unterstützer im Behördenapparat wie Gerhard Konow aus dem Bundeskanzleramt, und gewinnt so insgesamt an Tiefenschärfe.

Erhellend ist die Studie von Lotto-Kusche immer dann besonders, wenn der Autor die Linearität seines Narrativs relativiert und die Zwischentöne zum Klingen bringt, die es ungeachtet der vorherrschenden Denkstile zu jeder Zeit gab. Dazu gehören die frühen Berichte von Überlebenden ebenso wie Impulse zur Berücksichtigung des Völkermords aus dem Ausland oder Bemühungen des Netzwerks um den CDU-Politiker Franz Böhm und den Mitarbeiter der United Restitution Organization (URO) Kurt Mai, das sich um 1960 für die entschädigungsrechtliche Anerkennung der Sinti und Roma einsetzte. Oppositionelle Stimmen gab es umgekehrt aber auch in den geschichtspolitischen Debatten um ein Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma und die Einzigartigkeit der Shoa in den 1990er-Jahren, was das Wirksamwerden des »genozidkritischen« Denkstils eher als schleichenden Prozess erscheinen lässt, der auch Rückschläge beinhaltete.

Positiv hervorzuheben ist insgesamt die Ausgewogenheit der Untersuchung. Das betrifft auch die Rolle des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, der durchaus in seinen Ambivalenzen geschildert wird, wozu zweifellos die schwer verständliche »Verleumdungskampagne« (S. 197) gegen Michael Zimmermann gehört, dem als Pionier der Geschichtsschreibung über den Völkermord an den Sinti und Roma große Verdienste zukommen. Nicht zuletzt Studierenden kann man das Buch als bündige Einführung in das Thema empfehlen. Als Nachschlagewerk eignet es sich zudem insofern, als sich die chronologisch angelegten Kapitel auch einzeln gut lesen lassen und weil das umfangreiche Literaturverzeichnis wenig zu wünschen übriglässt. Dass seine Perspektive auf die Nachgeschichte des Völkermords an den Sinti und Roma intimen Kennern der Materie eher vereinzelt Neues bietet, steht hinter diesen positiven Aspekten zurück.

Zitierempfehlung

Joey Rauschenberger, Rezension zu: Sebastian Lotto-Kusche, Der Völkermord an den Sinti und Roma und die Bundesrepublik. Der lange Weg zur Anerkennung 1949–1990, De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2022, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82082.pdf>> [1.7.2025].

⁴ Vgl. exemplarisch Daniela Gress, Geburtshelfer einer Bewegung? Die mediale Kampagne der »Gesellschaft für bedrohte Völker« für Bürgerrechte deutscher Sinti und Roma, in: Birgit Hofmann (Hrsg.), Menschenrecht als Nachricht. Medien, Öffentlichkeit und Moral seit dem 19. Jahrhundert, Frankfurt am Main/New York 2020, S. 267–306.



Ernst Wolfgang Becker/Frank Bösch (Hrsg.)

**Partizipation per Post.
Bürgerbriefe an Politiker in Diktatur und
Demokratie
(Zeithistorische Impulse, Bd. 16)**

Franz Steiner Verlag | Stuttgart 2024
380 Seiten, gebunden | 58,00 €
ISBN 978-3-515-13660-0

rezensiert von

Rainer Eckert, Berlin

Es ist sicher für die deutsche Geschichte der vergangenen 150 Jahre eine wichtige und weitgehend offene Frage, ob Bürgerbriefe eine verbreitete politische Artikulationsform der Deutschen gegenüber ihrer jeweiligen politischen Führung waren. Die Verfasser dieses Sammelbandes nehmen das an und untersuchen die verschiedenen Formen von Schreiben an das politische Personal. Dabei wird schnell deutlich, dass die jeweiligen Spitzenpolitiker die sie erreichende Bürgerpost erstaunlich ernst nahmen, sie zumindest teilweise lasen und beantworteten bzw. dieses ihren Mitarbeitern überließen. Allerdings bleibt in diesem Band offen, ob und in wie weit die Briefe der Bürgerinnen und Bürger wirklich politische Veränderungen bewirkten. Naheliegend ist es, eine geringe Bedeutung anzunehmen, einige der Verfasser erkennen jedoch eine nicht unbeträchtliche Wirkung.

Etwas anderes wird jedoch überdeutlich. Es ist die unterschiedliche Umgangsweise der Politiker mit der sie erreichenden Post. Dabei ist davon auszugehen, dass – wie Frank Bösch in der Einleitung des Bandes beschreibt – in Diktaturen mehr Menschen zur Feder griffen als in Demokratien. Letztlich liegt das auch nahe, da diktatorische Herrschaftsverhältnisse wenig andere Möglichkeiten boten, um die Machthaber über die wahren Verhältnisse im Alltag aufzuklären. Überraschend ist, dass die Nationalsozialisten die Bürgerbriefe weitaus ernster nahmen als die kommunistische Führung in der DDR. Zwar wurde in beiden Diktaturen gegen »Querulanten« ermittelt, die meist anonym die Staatsführung beschimpften. Trotzdem wurden im Nationalsozialismus viele Briefe ernsthaft beantwortet und es wurde auch versucht, Missstände abzustellen. Das gab es in der SED-Diktatur zwar auch, doch leiteten die Dienststellen der Angeschriebenen einen erheblichen Teil der kritischen Post gleich an die Geheimpolizei, die Staatssicherheit, weiter, damit diese die anonymen Schreiber ermitteln und belangen konnte. Typisch ist für beide Diktaturen, dass die Schreibenden in ihren Briefen stets zuerst ihre grundlegende Übereinstimmung mit den bestehenden Systemen betonten, um so eigene Interessen durchzusetzen oder sozialpolitische Unterstützung zu erhalten. Im »Dritten

Reich« dienten viele Briefe an Adolf Hitler auch als Ersatz für eine persönliche Begegnung, wie Wolfram Pyta in seinem Beitrag herausstreicht. Als Fehlschluss erschiene es mir dagegen, Briefe an die Herrscher in der DDR als Beweis zu werten, dass es sich bei diesem Staat nicht um eine Untertanengesellschaft gehandelt habe.

Im Fokus des Sammelbandes stehen aber weniger die Reaktionen der Adressaten. Vielmehr untersuchen die Verfasser vor allem die Motive der Schreibenden selbst, die grundsätzlichen Strukturen und Inhalte ihrer Schreiben sowie das sich darin ausdrückende unterschiedliche Verständnis von Politik und Demokratie in den letzten anderthalb Jahrhunderten. Analysiert werden Bittbriefe ebenso wie Beschwerdebriefe und Stellungnahmen, beratende Meinungsbriefe, Huldigungsschreiben wie Schmähbriefe sowie nicht zuletzt Informationsanfragen. Dazu kommen speziell in der DDR noch die »Gefährtenbriefe« aktiver Kommunisten, die an die gemeinsame Zeit in der Bewegung anknüpfen. Es ist auffällig, dass besonders bei Systemwechseln die Zahl der Bürgerbriefe in die Höhe schnellte und dass sich diese in der Regel an die obersten Machthaber wandten. Doch wird dabei auch der grundlegende Unterschied zwischen Demokratien und Diktaturen deutlich. In Demokratien sind Bürgerbriefe Ausdruck freier pluralistischer Öffentlichkeit. In Diktaturen dagegen kennzeichnen sie ein Machtverhältnis zwischen den Herrschern und ihren Untergebenen. Das drückt sich auch darin aus, dass unter autoritären Herrschaftsverhältnissen die Briefe oft anonym verschickt wurden und sogar Drohungen enthielten – wie in der DDR die Drohung mit Wahlverweigerung.

Vom Beginn dieser Kommunikation in der Revolution 1848/49 zeugten Petitionen, in denen ein neues bürgerliches Selbstbewusstsein zum Ausdruck kam. Hier begann laut Hedwig Richter die Tradition der Bürgerpost als Instrument der Demokratisierung. Als Übung in politischer Partizipation interpretiert auch Volker Köhler die Bittbriefe an sozialdemokratische Amtsträger in Sachsen während der Weimarer Republik, obgleich die Schreibenden mit dieser privaten Form von Öffentlichkeitsverstärkung ja im Prinzip eine vordemokratische Tradition politischer Kommunikation fortführten. Wie bereits betont, nahmen auch die Nationalsozialisten die Bürgerpost durchaus ernst. Stefan Scholl arbeitet heraus, wie die Amtsträger des NS-Regimes in ihren Antwortschreiben immer wieder zu vermitteln suchten, dass auch im Führerstaat nicht für alle Defizite die »Reichsleitung« oder Hitler persönlich verantwortlich gemacht werden könnten. Erstaunlich ist, dass die in den Briefen geäußerte Kritik in der Regel kaum Sanktionen seitens des Regimes hervorrief.

In der Bundesrepublik waren dann Bürgerbriefe etwa an Theodor Heuss oder Konrad Adenauer eine fundamentale politische Praxis (Ernst Wolfgang Becker). Spitzenpolitiker antworteten nicht selten persönlich, zumindest räumten sie den Briefen hohe Bedeutung ein. Besonders galt das für Heuss, der oft ausführliche Antworten entwarf und dabei immer bestrebt war, die neue demokratisch-parlamentarische Staatsordnung zu repräsentieren. Eine andere Möglichkeit der Auseinandersetzung mit Bürgerbriefen zeigt Jörg Neuheiser, der die Quellengattung nutzt, um am Beispiel der zahllosen Schreiben von Arbeitslosen an die Bundesregierung im Zeitraum von 1949 bis 1955 die heute fast vollkommen vergessene Krise der Arbeit in der frühen Bundesrepublik in Erinnerung zu rufen. Das Beharren auf dem »Segen der Arbeit« und der gerechten Verteilung von Arbeit könnte auch heute wieder bedeutsam werden.

Wiederum einen anderen Ansatz wählt Claudia C. Gatzka, die nach der demokratiegeschichtlichen Rolle des brieflich übermittelten »Feedback« der politisch Repräsentierten an die politischen Repräsentanten fragt. Allerdings erscheint mir ihr Vorhaben, anhand von Bürgerbriefen den Bereich zwischen den repräsentativdemokratischen Organen und dem Volk auszuleuchten, doch zu hoch gegriffen. Deutlich werden dagegen die Grenzen politischer Partizipation in Briefform. Wie Bernhard Gotto ausführt, beantwortete der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß die Briefe von Bürgern oft nicht selbst, sondern ließ vorgefertigte Standardantworten versenden. Bemerkenswert (aber mit Blick auf die heutige Zeit der elektronischen Medien auch viel erklärend) ist, wie sehr in den Briefen an Strauß Nationalismus und Rassismus eine wichtige Rolle spielten – sie scheinen im Denken vieler

Deutscher nie überwunden worden zu sein. Ähnliches arbeitet Philipp Gassert anhand der Briefe an baden-württembergische Ministerpräsidenten in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre heraus. Thomas Süssler-Rohringer weitet schließlich den Blick durch eine Analyse der Briefe an die Präsidenten und die Präsidentin des Europäischen Parlaments von 1980 bis 1984. Dabei betont er die Bedeutung solcher Briefe als Kommunikationsräume der europäischen Einheit.

Bezogen auf die DDR kommt Martin Sabrow zu dem Schluss, dass Bürgerbriefe an Erich Honecker die mit Abstand bedeutendste Kommunikationsform zwischen Volk und Führung waren und als solche ernst genommen wurden. Das sollte weiter diskutiert werden, zweifelhaft erscheint mir jedoch schon jetzt Sabrows Annahme, dass sich in diesen Briefen eine starke Loyalität der Schreiber gegenüber dem diktatorischen System zeigte. Eher war das Gegenteil der Fall – in den Briefen drückten sich oft Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung aus. Insofern waren sie auch kein Ausdruck einer kommunistischen Zustimmungsdiktatur. Noch stärker gilt das natürlich von den von Daniela Munkel untersuchten Briefen von Ostdeutschen an Politiker in der Bundesrepublik, die regelmäßig der Staatssicherheit in die Hände fielen. Häufig beschäftigten sich diese mit der Deutschland- und Ostpolitik und dies konnte von der Diktatur durch Haftstrafen geahndet werden. Darüber hinaus war es kennzeichnend, dass Briefe, die trotz allem ihre Adressaten im Westen erreichten, ohne Antwort blieben bzw. bleiben mussten.

Nicht überzeugend erscheint mir Christina Morinas Ansatz, die Briefe von Ostdeutschen an die Spitzen der Diktatur an das Demokratie-Versprechen der Herrschenden zurückzubinden. Vielmehr waren die namentlich gezeichneten Briefe durch eine Sklavensprache gekennzeichnet, mit der man persönliche Vorteile erreichen oder Benachteiligungen beseitigen wollte. Eine enge Bindung an das diktatorische System bedeuteten sie nicht – was natürlich erst recht für die vielen anonymen Briefe mit Drohungen und Beleidigungen gilt. Dennoch waren auch letztere Schreiben kein Ausdruck einer tiefgreifenden Politisierung der Bevölkerung der DDR. Das änderte sich erst mit der Friedlichen Revolution, jetzt zeugten Bürgerbriefe vom Wunsch nach demokratischer Teilhabe. Damit verbunden waren, wie Helena Gand zeigt, große Zukunftserwartungen an die deutsche Einheit, die später oft an negativen Transformationserfahrungen scheiterten. Gleiches gilt für die 1989/90 noch weit verbreitete Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus.

Insgesamt wird bei der Analyse von deutschen Bürgerbriefen deutlich, dass eine »Partizipation per Post« nur beschränkt möglich ist. Zumeist wurden die in den Schreiben ausgedrückten Hoffnungen auf Veränderung enttäuscht. Letztlich ist das zumindest für Diktaturen auch selbstverständlich, da deren Herrscher ihren Willen mit allen Mitteln auch gegen den Volkswillen durchsetzen können. In Demokratien wiederum gibt es andere Einflussmöglichkeiten. Das entscheidende Partizipationsinstrument ist und bleibt hier natürlich die persönliche Teilnahme an den Wahlen. Das an der Wahlurne übermittelte »Feedback« an die politischen Repräsentanten ist mithin der eigentliche Gradmesser für die Stabilität der Demokratie als Herrschaftsform.

Zitierempfehlung

Rainer Eckert, Rezension zu: Ernst Wolfgang Becker/Frank Bösch (Hrsg.), Partizipation per Post. Bürgerbriefe an Politiker in Diktatur und Demokratie, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82081.pdf>> [1.7.2025].